

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattpreis.

Einzelhefte: 5 Pf. wöchentlich. 12 Ausgaben. 12 Ausgaben.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Herausgeber:

„Tagblattverlag“ Nr. 6850-52.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 2.30 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne Transport; durch die Post bezogen: M. 2.50 monatlich, M. 12.00 vierteljährlich, mit Postzuschlag. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Verfallsfristen oder Streiks haben die Verleger keinen Anspruch auf Erfüllung des Blattes oder Erstattung des entfallenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Ortliche Anzeigen M. 1.20, auswärtige Anzeigen M. 1.60, örtliche Reklamen M. 4.—, auswärtige Reklamen M. 7.— für die einseitige Anzeigenzeit oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unanveränderter Anzeigen entsprechende Ermäßigung. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 9, Holzstraße 18, Fernsprecher: Amt Zentrum 11435-11437.

Samstag, 2. Juli 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 302. • 69. Jahrgang.

Militärpolizeigericht Wiesbaden.

Verurteilung.

Im Jahre 1921, am 22. Juni, vormittags 9.30 Uhr, ist das Militärpolizeigericht Wiesbaden, einberufen auf Befehl des Herrn Kommandierenden Generals der 37. Infanterie-Division zur Aufnahme des Verfahrens gegen Elbert, Oskar, geb. am 10. Oktober 1862 zu Wiesbaden, von Beruf Kaufmann, wohnhaft in Wiesbaden, welcher beschuldigt ist, daß er seine im Schaufenster ausgestellten Waren nicht mit Breiten versehen habe, in öffentlicher Sitzung an gewöhnlicher Stelle aufgenommen worden und hat folgende Entscheidung getroffen:

In Anbetracht, daß es gebührend festgestellt ist, daß am 8. Juni 1921, bei dem größeren Teile der in dem Schaufenster des Geschäftes des Angeklagten ausgestellten Waren die Breite nicht angegeben waren.

In Anbetracht dessen, daß er demnach den Artikel 2a der Verordnung Nr. 2 der hohen interalliierten Rheinland-Kommission übertreten hat, verurteilt das Gericht Elbert, Oskar, zu einer Geldstrafe von 100 Mark, welche die Kosten der öffentlichen Bekanntmachung der oben genannten Gründe und vorübergehender Verurteilung vor Ablauf einer Woche in der Zeitung „Wiesbadener Tagblatt“ und zum öffentlichen Auslegen des gerichtlichen Urteils und seiner Begründung während dreier Tage im Schaufenster seines Geschäftes in Wiesbaden, Lannstraße 50, und bestimmt, daß bei Nichtzahlung der Geldstrafe innerhalb einer Frist, welche durch den Kommandierenden General der Division bestimmt wird, eine Gefängnisstrafe von zweigig (20) Tagen tritt auf Grund des Gesetzes vom 22. Juli 1867.

Rathgebend die Artikel der oben genannten Verordnungen und Anweisungen der Militärbehörde:

Artikel 2a der Verordnung Nr. 2:

An allen zum Verkauf ausgestellten Waren und Gegenständen muß der Verkaufspreis sichtbar vermerkt sein, und zwar in allen Ortschaften, die durch öffentliche Bekanntmachung von den Befehlshabern bestimmt sind. Diese Bekanntmachungen bestimmen auch die Art der Gegenstände, welche von der Befehlshaber des betreffenden Artikels in jeder Ortschaft betroffen sind.

Verordnung des Oberbefehlshabers der französischen Rheinlande.

Nr. 743 2/2 vom 17. November 1920.

Artikel 2:

Gemäß der Vorschriften des Artikels 29 bestimmt die Verordnung Nr. 2 der Oberbefehlshaber der französischen Rheinlande folgendes: In allen Ortschaften, in welchen sich eine französische Garnison oder der Sitz eines Delegierten der hohen interalliierten Rheinland-Kommission befindet, müssen sämtliche annehmbaren zum Verkauf ausgesetzten Waren mit sichtbaren Breiten versehen werden. F 245

Für richtige Abschrift:

Der Staatsanwalt.

Der Kampf um die Schule.

Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft! Diese Erkenntnis veranlaßt jede neue Bewegung, sei sie nun künstlerischer, politischer oder irgendwie wissenschaftlich-methodischer Natur, sich an die Jugend zu wenden und zu versuchen, diese für sich zu gewinnen. Im besonderen Maße gilt dies von den politischen Parteien, die ja als die Träger der gesetzgebenden Gewalt die stärksten Mittel zur Beeinflussung der Jugend in der Hand haben. Die Einrichtung, die immer und unter allen Umständen die Jugend hat und einen außerordentlich starken Einfluß auf sie ausüben kann, ist die Schule. So ist es begreiflich, daß das Bestreben, die Jugend zu gewinnen, seit der Umwälzung im November 1918 zu einem ununterbrochenen Kampfe der politischen Parteien um die Schule geführt hat. In diesem Kampfe zeichnen sich einige Höhepunkte als besonders wichtige Schlachten ab, z. B. der Kampf um das Weimarer Schulgesetz und um das Grundschulgesetz. Heute stehen wir wieder in einer solchen besonders heißen Schlacht auf dem Gebiete der Schulpolitik. Diesmal dreht es sich um den Gesetzentwurf zur Ausführung des Absatzes 2 von Artikel 146 der Reichsverfassung, der vielfach kurzweg als neues Reichsschulgesetz bezeichnet wird.

Die Bestimmung des Entwurfes, die am meisten zur Entfaltung des neuen Kampfes beigetragen hat, geht dahin, daß die vorhandenen Bekenntnisschulen einfach als solche weiter bestehen sollen. Absatz 1 des Artikels 146 der Reichsverfassung bestimmt unzweideutig, daß die Normalform der neuen deutschen Volksschule die Gemeinschaftsschule ist. Absatz 2 ergänzt das dahin, daß Bekenntnisschulen oder weltliche Schulen nur auf besonderen Antrag der Eltern, also nur als Ausnahmen eingerichtet werden sollen. Der Ausdruck Gemeinschaftsschule bedeutet in der Verfassung, wie in den Verhandlungen über diesen Artikel festgelegt wurde, dasselbe wie die frühere Bezeichnung Simultan- oder Mischschule. Er bezieht sich also auf eine Schule, in der die Kinder verschiedener Konfessionen oder Weltanschauungen in allen Fächern außer Religion gemeinsam unterrichtet werden, dagegen getrennten Religionsunterricht haben. In Nassau bestehen solche Schulen schon seit reichlich hundert Jahren. Auch in Westpreußen ist eine größere Anzahl vorhanden. Aber im übrigen deutschen Reichsgebiet ist die Zahl außerordentlich

gering. Wenn das neue Reichsschulgesetz nun jede Schule einfach in ihrer bisherigen Form erhalten will, so wird niemand die Gemeinschaftsschule als die Normal- oder Regelschule bezeichnen können, wie es die Verfassung fordert. Man wird also denjenigen nicht ganz Unrecht geben können, welche behaupten, daß der Gesetzentwurf nicht mit der Reichsverfassung übereinstimme.

Aber der Entwurf gibt noch zu weit schwereren Bedenken Anlaß. Das große Ziel der seit langem erstrebten Schulreform, das durch das Wort Einheitsschule bezeichnet wird, und das von weiten Kreisen des Volkes und der Volksvertretung ersehnt wurde, wird durch den Entwurf nicht etwa der Verwirklichung nähergebracht, sondern geradezu in ausichtslose Ferne gerückt. In vielen Gegenden Deutschlands, besonders dort, wo Anhänger verschiedener Bekenntnisse gemischt wohnen, besteht jetzt bereits eine weitgehende und außerordentlich nachteilige Schulzersplitterung. In kleinen Ortschaften mit wenig Kindern ist die geringe Schülerzahl noch in zwei Zwerghschulen geteilt, die in getrennten einklassigen oder Halbtagschulen unterrichtet werden. Es ist gar keine Frage, daß eine Zusammenfassung solcher Zwerghschulen zu gegliederten Systemen nicht nur Ersparnisse an Kosten für die Schulunterhaltung und Lehrerbefolgung bedeutet, sondern vor allem eine unvergleichlich weitergehende Bildungs- und Erziehungsarbeit des Lehrers an den Schülern ermöglicht und für die Schüler von geradezu unschätzbbarer Bedeutung ist. Dem Schullehrer, der weiß, wie wenig Zeit der Lehrer einer einklassigen Schule auf die einzelne Gruppe seiner Kinder verwenden kann und der demgegenüber auch die Leistungsfähigkeit etwa einer achtklassigen Schule kennt, in der jeder Lehrer nicht vier oder fünf Abteilungen unterrichten muß, wie es in der einklassigen Schule notwendig ist, sondern in der er die gesamte Unterrichtszeit nur auf einen Jahrgang verwenden kann, muß es ganz unglaublich scheinen, daß der Gesetzentwurf die einklassige Schule auch dort als geordneten Schulbetrieb gelten lassen will, wo die Schaffung mehrklassiger Schulen möglich wäre. Man braucht sich nur zu überlegen, wie viele verschiedene Bekenntnisse, Sekten und Weltanschauungen es gibt — in Deutschland bestehen 529 eingetragene Bekenntnisse —, die alle das Bestreben nach der Einrichtung eigener Schulen haben, um zu sehen, wie groß die Zersplitterungsgefahr ist, die der deutschen Schule droht. Das mindeste, was man verlangen muß, wäre die Festsetzung einer unteren Grenze der Schulgliederung, unter der nicht herabgegangen werden darf, etwa so, daß in einem Dorfe mit einer vierklassigen Schule diese Schule auf jeden Fall eine Gemeinschaftsschule ist und nicht in zwei kleinere Weltanschauungs- oder Bekenntnisschulen mit noch geringerer Klassenzahl geteilt werden darf. Am besten wäre es natürlich, wenn diese Grenze so hoch wie möglich läge, so daß in einer Gemeinde nur dann zwei Schulen vorhanden sein könnten, wenn beide möglichst voll ausgebauten Schulsysteme darstellten. Für die Großstadt hat die Zerschlagung der Schule nach Bekenntnissen den besonderen Nachteil, daß die Einrichtung von Abschlus-, Förder-, Hilfs- und Übergangsklassen in weitgehendem Maße unmöglich gemacht wird und nur noch ganz großen Städten vorbehalten bleibt. Die Leidtragenden werden zunächst die Kinder sein, dann aber auch das ganze Volk; denn der Stand der Volksbildung muß bei einer Schulzersplitterung zurückgehen.

Aber auch die Festigkeit der Volkseinheit wird dadurch schweren Schaden leiden. Wenn schon die kleinen Sechsjährigen von ihren Spielgefährten gewaltsam getrennt werden, so entsteht bereits in den Kindern ein Gefühl der Abgeschlossenheit, des Gefühls gegenüber den Angehörigen anderer Konfessionen, und im tiefsten Innern erwacht ein gewisses Mißtrauen und ein Gefühl heimlicher Feindschaft gegen „die anderen“, das zeitweilen nicht wieder ganz überwunden wird. Wer es mit dem deutschen Volke gut meint, wird aber gerade danach streben müssen, jede Scheidewand zwischen den einzelnen Gruppen soweit wie möglich zu beseitigen. In einer Gemeinschaftsschule werden sich die Kinder als Kameraden ansehn lernen, denn was sie trennt, ist in diesem Falle nur das rein persönliche Gebiet der religiösen Anschauungen und Gefühle. Die Jüglinge der Bekenntnisschule dagegen werden auch zu den meisten Fragen des praktischen Lebens und der Wissenschaft in verschiedener Weise Stellung nehmen; denn in diesen Schulen soll ja der gesamte Unterricht, also auch Geschichte, Naturwissenschaft, Deutsch und selbst Erdkunde, im Geiste des Bekenntnisses gegeben werden. Damit wird übrigens auch die Frage, ob es eine objektive Wahrheit und Wissenschaft gibt, verneint oder doch dahin beantwortet, daß diese für die Jugend nicht geeignet ist. Dem-

gegenüber muß die Forderung erhoben werden, daß die Schule ein neutraler Boden werde, auf dem die Kinder aller Konfessionen gemeinsam zu Staatsbürgern und Volksgenossen erzogen werden.

Es wird seit der Einrichtung der Elternbeiräte soviel von dem Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder gesprochen, daß gegenüber diesem Individualprinzip das andere ebenso wichtige Gesellschaftsprinzip vollständig übersehen wird. Jedes Kind soll die Schule haben, so wird gefordert, die seine Eltern wünschen. Daß auch ein gemeinsames Band notwendig ist, das alle Kinder umfaßt und ohne das eine Gemeinschaft gar nicht bestehen kann, sondern auseinanderfällt, daran denkt niemand mehr. Unglücklicherweise fördern zwei große politische Parteien mit allen Mitteln diese Spaltung und Trennung, das Zentrum und die Sozialdemokratie. Die Ziele beider sind ursprünglich entgegengesetzt. Das Zentrum möchte alle Schulen zu Bekenntnisschulen machen, die Sozialdemokraten erblicken ihr Ideal in der religionslosen Schule. Das führte zu dem Schulkompromiß, das jeder Partei einen Teil der deutschen Jugend zuspricht. Das Richtige wäre gewesen, nicht dieses Schulkompromiß, sondern eine Kompromißschule zu schaffen, in der jede der feindlichen Gruppen einen gewissen Teil des Einflusses auf sämtliche Kinder hätte, also nur Gemeinschaftsschulen zuzulassen und sowohl Bekenntnisschulen auf der einen wie auch die sogenannten weltlichen Schulen auf der anderen Seite überhaupt zu streichen.

Noch ist der Entwurf nicht Gesetz. Noch darf man also hoffen, daß tiefgreifende Verbesserungen angebracht werden. Zwei Grundgedanken werden dabei maßgebend sein müssen, einmal der, daß in jeder Gemeinde als geordneter Schulbetrieb nur das höchstgegliederte System gelte, sei noch nicht behandelt worden, und andererseits jener der Neutralität der Schule und des Strebens nach Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft!

Die Pariser Verhandlungen.

W. T. B. Paris, 1. Juli. Die Verhandlungen über die deutschen Sachlieferungen sind heute fortgesetzt worden. Der „Temps“ teilt mit, daß man sich in der Frage der in Artikel 8 des Londoner Zahlungsstatutes schon angegebenen Grundzüge nähert. Die Breiten würden durch eine gemeinsame Kommission festgelegt werden, die aus einem Franzosen, einem Deutschen und einem Schiedsrichter zusammengesetzt sein sollte, und im Bedarfsfalle von der Reparationskommission ernannt werden soll. In Bezug auf die Zahlungsart und die Zahlungsfrist ist ein Plan ins Auge gefaßt worden, durch den Frankreich die Möglichkeit erlangt, die Zahlung auf eine möglichst lange Periode zu stellen. Reichskommissar Guggenheimer, der heute abend nach Berlin abreist, um neue Instruktionen seiner Regierung einzuholen, werde am 10. Juli in Paris sein. Minister Loucheur könne ebenfalls die Verhandlungen aus anderen Gründen nicht vor dem genannten Datum wieder aufnehmen. Die Frage ob und durch welche Mittel die 26 Prozent Auszahlungsbasis durch einen anderen Index ersetzt werden könne, sei noch nicht behandelt worden.

Dr. Berlin, 1. Juli. Bei der gestrigen Pariser Besprechung über die Lieferungen und Preise stellte sich die Notwendigkeit heraus, die Fragen schriftlich zu formulieren. Der Staatssekretär Guggenheimer wird heute nachmittags mit diesen schriftlich formulierten Fragen abreisen und sie zur Kenntnis des Ministers Dr. Rathenau bringen.

Eine Erklärung des Reichskanzlers über die Reparationsfrage.

Dr. Berlin, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichskanzler will nunmehr am 5. Juli im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates eine Schilderung über die Reparationsfrage und insbesondere über die Tilgung der Reparationsschulden abgeben. Das Datum steht noch nicht definitiv fest und es ist eine nochmalige Vertagung um ein bis zwei Tage möglich, wenn dies die außenpolitische Lage erfordern sollte.

Eine Schuldverschreibung über 12 Milliarden Goldmark. Dr. Paris, 2. Juli. Die Kriegslastenkommission hat gestern vormittags der Reparationskommission gemäß den Bestimmungen des Londoner Abkommens eine Schuldverschreibung über die am 1. Juli fälligen 12 Milliarden Goldmark übergeben.

Das Ende des englischen Bergarbeiterstreiks.

W. T. B. London, 1. Juli. Reuter meldet: Nach einer langen Sitzung des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter gab Hobbes bekannt, daß die aus den Besetzen eingeholten Antworten eine überwältigende Mehrheit zu Gunsten der Annahme der vereinbarten Bedingungen bewiesen. Dabei wurde an alle Besetze folgendes Telegramm abgeleitet: Überwältigende Abstimmung zugunsten der Wiederaufnahme der Arbeit. Arbeiter, kehrt unverzüglich zur Arbeit zurück!

Dr. London, 2. Juli. Das Unterhaus bewilligte einstimmig die von der Regierung vorgeschlagene Subvention von höchstens zehn Millionen Pfund Sterling für die Bergarbeiter.

Die Aussprache über die Sanktionen im Reichstag.

Br. Berlin, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) War der Donnerstag mit der Interpellation über die Aufhebung der Sanktionen ein Aufsatzt, so brachte die Freitagssitzung die eigentliche Besprechung. Es sei vorausgeschickt, daß die Ausführungen aller Parteiführer, von dem Zentrumsmann Dr. Bell bis zum Kommunisten Höllein, alle einen Ruf nach einem in seinem Gerechtigkeitsgefühl aufs schwerste betroffenen Volkes darstellten. Die Besprechung füllte fast die ganze Sitzung aus. Reichsanwalt Dr. Wirth war während des größten Teiles der Sitzung anwesend. Auch die anderen Mitglieder weilten im Saale. Nur als der Kommunist Höllein begann, verließ die ganze Zuhörerschaft. Auch von seiner eigenen Partei waren nur drei oder vier Abgeordnete anwesend. Die Bedeutung der Debatte liegt allein in der einstimmigen Kundgebung des Reichstages und der Regierung gegen die Sanktionen.

Die Sitzung wurde durch eine Anzahl kleiner Anfragen eingeleitet. Der Gesandtenrat zur Überwachung des Verkehrs mit Ostpreußen im besetzten Gebiet wurde einem Ausschuss überwiesen, ebenso der Gesandtenrat zur Feststellung von Entschädigungen für Schäden aus Anlaß des Kriegs- und Friedensanstandes und der Gesandtenrat wegen Aufhebung der bisherigen Betriebsverbände der Binnenverkehrsbahn und der Errichtung neuer Reichsverkehrsverbände. Der von den Parteien gemeinsam beantragte Gesandtenrat zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über Sammelbeizungen- und Warmwasserversorgungsanlagen in Rietsträumen bis zum 31. März 1922 wurde ohne Erörterung angenommen.

Dann leitete das Haus die Besprechung der Interpellation über die Sanktionen fort. Ein erschütterndes Bild von der Wirkung der Sanktionen und den Zuständen in dem neu belebten Gebiet gab der Zentrumsmann Dr. Bell. Ein hohes Lied sang er von der

rheinischen Treue.

die trotz aller Notrufe und Drohungen zum Reiche hält. Besonders befiel ihn der Redner mit der Schleierwirtschaft im besetzten Gebiet, die wahre Orgel ist. Dem deutschen nationalen Redner Reichert waren diese Zustände seitlich ein Vorwand, um gegen die Regierung zu sprechen. Der unabhängige Redner Dr. Breilich konnte es sich selbstverständlich nicht nehmen, alles den hohen Kapitalisten in die Schuhe zu schieben. Nach ihm sprach von den Demoskraten der frühere Minister Dr. Koch, der vor allem die Einbeziehung hervorhob, die bei Beurteilung der Frage der Sanktionen im ganzen Volke und im ganzen Reichstag herrsche. Auch er dankte der rheinischen Bevölkerung für ihre Treue. In etwas anderer Tonart als der Abg. Breilich trug kein noch etwas mehr links stehender Kollege, der Kommunist Höllein, seine Ausführungen vor. Die Sanktionen sind für ihn schließlich aus dem Wunsch Frankreichs geboren, den Gebietsbedarf des französischen Kapitalismus zu decken. Immerhin blieb es erfreulich, daß auch er wenigstens für die Rettung der unter den Sanktionen leidenden Arbeiterklasse Verständnis zeigte. Andere Töne schlug der Abg. Deermann (D. V.) an. Die unsichere Lage lasse es nicht zu, daß Forderungen eingeleitet würden und die Arbeitslosigkeit sei im Wachsen. Das Schicksal hatte der Abg. Dr. Wolf (D. V.). Einmütig sei der Reichstag in der Beurteilung der Sanktionen und alle Parteien hätten mit Nachdruck betont, ein wie großes Unrecht uns heute geschehe. Bei solchen Fragen müßten alle Gegenstände im Volk und gegenüber der Reichsregierung zurücktreten.

Damit war die Redezeit erschöpft. Während der Aussprache hatte der Präsident auf kurze Zeit die Debatte unterbrochen, um die Abstimmung über den Staatsgerichtshof nachzusehen, die vor einigen Tagen angesetzt worden war. Der Gesandtenrat wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Am Samstag tritt der Reichstag bereits um 11 Uhr zusammen um neben einer Reihe kleiner Anfragen auch die Interpellation über das letzte Grubenunglück im westfälischen Recklenzener zu besprechen.

Aus dem volkswirtschaftlichen Ausschuss.

W.T.B. Berlin, 1. Juli. Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages erklärte der Reichsarbeitminister, die Regierung wolle der Geldentwertung und der weiteren Preissteigerung durch eine Erhöhung der Unterstützungssätze Rechnung tragen. Die Mehrheit des Ausschusses beschloß, der Erklärung der Regierung bezüglich der Aufhebung der Unterstützungssätze für Arbeiter und für die Erwerbslosen zuzustimmen.

Der Ausschuss stimmte ferner gemäß einem Zentrumsantrag der Verordnung über die Preise des Umlagegetreides aus der Ernte 1921 unter der Voraussetzung an, daß die Regierung die Verpflichtung übernimmt, Maßnahmen zu treffen, daß die künftigen Brotpreise bis zur nächsten Ernte den bisherigen Höchstpreis nicht mehr als höchstens um 40 Prozent übersteigen.

Aus Kunst und Leben.

* „An der schönen, blauen Donau.“ Eine eigenartige Aufführung für Johann Strauß hat der Österreichische Komponistenbund unter dem Präsidium Bleher und Lehar beschloßen. Am Sonntag findet eine große öffentliche Sammlung für die Kinder der Kriegswaisen dafür vorbereitet. Der Komponistenbund hat nun angeregt, daß zu Ehren von Johann Strauß, dessen Denkmal, wie berichtet, kürzlich im Stadtpark enthüllt wurde, am Sonntag, Punkt 8 Uhr abends, in ganz Wien der Donauwalzer gespielt werden soll: von jeder langstehenden Musikkapelle, vom Klavier im Kino und zu Hause, vom Schrammelfest beim Biergarten, auf dem Seimweg von den Lauten der Wanderorgel, von jeder Geige, Zither und Flöte. Und dabei soll in großen, kleineren und kleinsten Kreisen zu Ehren des Kaiserlichen ein kleines Dankopfer für die Kriegswaisen gesendet werden. Der Bürgermeister Reumann unterstützt in einem Aufruf diesen Gedanken.

* Leibniz als Vorbild der deutschen Sprache. Der 275. Geburtstag des Philosophen Leibniz, der in diesen Tagen gefeiert wird, ruft uns die Arbeit dieses großen Mannes für den völkischen Gedanken in Erinnerung. War doch das Zeitalter, in dem er lebte und wirkte, wie unsere Gegenwart von schweren Kämpfen erfüllt, in denen das deutsche Volk um Sein oder Nichtsein rang. Vor allem machte sich Leibniz die Mühe der deutschen Sprache zur Aufgabe und trat in mehreren Aufsätzen dafür ein, daß ihr Studium vertieft, ihre Reinheit bewahrt und daß sie geklärt werde. So verlangte er — eine damals ganz unerhörte Forderung —, daß die deutsche Sprache in die Wissenschaft eingeführt werde, und trat schon als Zwanzigjähriger für eine deutsche Übersetzung des römischen Rechts ein. „Der gelehrte Jurist“, schrieb er, „soll die Redefertigkeit, die Krone aller Künste und Wissenschaften, nicht auf die lateinische Sprache beschränken, sondern auch auf die Muttersprache ausdehnen.“ 1670 sprach er die damals besonders seltene Behauptung aus, die deutsche Sprache sei von allen europäischen Sprachen für die Philosophie am meisten geeignet, und diese Wissenschaft sollte daher in der Muttersprache getrieben werden. Die großartige Entwicklung der deutschen philosophischen Literatur seit Kant hat ihm recht gegeben. Ebenso bewertete er die Einführung der deutschen Sprache in die Naturwissenschaften und kämpfte dagegen, daß das Latein das Deutsch nicht nur aus dem Be-

Der preußische Landtag für Beibehaltung der Todesstrafe.

Br. Berlin, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der preußische Landtag wies am Freitag bei Beginn der Verhandlung ein selten stark besetztes Haus auf. Stand doch die Abstimmung zum Haushalt der Justizverwaltung auf der Tagesordnung. Eine Reihe von Anträgen war so prinzipieller Natur, daß namentlich die Abstimmung beantragt war. Dies galt besonders von dem Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe. Der Kampf um Fortfall der Todesstrafe wird schon lange geführt. Vertreter des Für und des Wider fanden sich in fast allen Parteien. Fest freilich war die Rechte und das Zentrum und auch der größte Teil der Demokraten für Beibehaltung. So fiel der Antrag. Der Protest gegen den Ausgang wurde von Seiten der Unabhängigen und linken Abgeordneten begleitet. Die Kommunisten und Unabhängigen hatten es besonders auf die Zentrumspartei abgesehen. In Scharen drang man hindurch, um dieser Partei den Vorwurf ähnlicher Heuchelei zu machen. Der Aufruhr im Saal war wie üblich sehr heftig. Schließlich legte sich aber der Sturm. Nach Erledigung der weiteren Anträge wurde der Justizhaushalt glatt zum Ende gebracht. In dichten Scharen verließen die Volkstribunen den Saal, standen doch als nächster Punkt kleine Anträge zur Beratung, bei denen bekanntlich das Interesse nicht allzu groß ist. Bemerkenswert war die Anfrischung der Regierung, daß ein Verleumdung über das Disziplinärrecht für die preußischen Beamten vorliegt, und daß die neue Städteordnung im Juli fertiggestellt sein wird. Man erlebte einige kleine Gelegenheitsfälle ohne wesentliche Ausläufer.

Der sechste Kriegsbeschuldigtenprozeß.

Br. Leipzig, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In der Freitagssitzung wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Dem ersten Zeugen, Kaufmann Mehmacher aus Freiberg im Erzgebirge, wurde vorgelesen, daß er als Unteroffizier einem Soldaten anvertraut haben soll, er solle einen Verwundeten erschießen. Der Zeuge bestritt das und gab nur zu, den Soldaten auf den Befehl, seine Gefangenen zu machen, aufmerksam gemacht zu haben. Zeuge Oberleutnant Paulus legte aus, daß er Hauptmann Crullus am 20. August vollständig zusammengebrochen angetroffen habe. Er habe ihn für direkt unzurechnungsfähig gehalten. Niemals habe er von dem General Stenger geordneten Befehl gehört, Gefangene oder Verwundete zu erschießen. Der nächste Zeuge, Alabe aus Konstanz, gab an, daß sich am 21. August die Kameraden unter einander erzählten, daß sie von aufstehenden Toten und Verwundeten von hinten erschossen worden seien. Hauptmann Crullus habe darauf geantwortet, hinter der Front können wir keinen Feind mehr brauchen. Es werden alle niedergeschossen. Der nächste Zeuge, Hilfsarbeiter Schreiber aus Diepold, behauptet, in der Schlacht bei Saarbahn am 21. August erblickt wir von den Franzosen hinterlistig Feuer.

Nach der Mittagspause wurde in der Zeugenvernehmung fortgesetzt. Major Meier, der im August 1914 die 11. Kompanie des 112. Regiments führte, erklärte, er habe niemals einen solchen Befehl Stengers erhalten oder davon gehört. Zeuge Hauptmann Jahn behauptete, sein Bataillon habe sich beim Brigadeführer nach dem fraglichen Befehl Stengers erkundigt. Der betreffende Offizier sei mit der Meldung zurückgekommen, vom General sei ein solcher Befehl nicht gegeben worden. Zeuge Freiberg von Dietzow hat ebenfalls von einem solchen Befehl nichts gehört. Der letzte Zeuge, Hauptmann Beder aus Berlin, sagte aus, daß ein verwundeter Franzose, der in der Schlacht bei Saarbahn auf die Deutschen von hinten geschossen habe, erschossen worden sei. Von einem Erschießungsbefehl ist dem Zeugen nichts bekannt. Darauf wird die Sitzung auf Samstagvormittag verlagert.

Die Verhandlung gegen Goldt und Dittmar.

D. London, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail“ meldet, daß nächste Woche, wahrscheinlich am Mittwoch, in Brownstreet die Verhandlung gegen die beiden deutschen U-Boot-Kommandanten, Oberleutnant Goldt und Dittmar, wegen Verletzung des Neutralitätsschlusses „Landonera Castle“ an der Küste von Irland am 27. Juni 1918 stattfinden wird. Die Anklage der britischen Regierung lautet auf Mord. Bei dieser Verhandlung werden Aussagen von ein oder zwei Zeugen, die nicht in der Lage sind, sich zu dem Verfahren nach Leipzig zu begeben, entgegengenommen. Nach der Zeugenvernehmung wird die weitere Verhandlung in Leipzig stattfinden.

Erzherzog Karl zieht an die Riviera.

Br. Berlin, 2. Juli. Wie das Berl. Tageblatt aus Wien berichtet, wird der frühere Kaiser Karl nach der französischen Riviera überziehen, nachdem er wieder von Spanien nach Griechenland die Erlaubnis zur Einreise erhalten habe.

trieb der Hochschulen, sondern überhaupt aus dem Unterrichtsweesen verdrängt habe. Die Übung der Muttersprache ist höchst nötig und nützlich, sagt er, „und wird auch billig durch eigene öffentliche und private Übungen betrieben“. Mit der deutschen Sprache sollte auch die deutsche Bildung und deutsche Sitte gepflegt werden, und deshalb erstrebte Leibniz die Gründung einer deutschsprachigen Gesellschaft, deren Ziele nur zum Teil in der Berliner Akademie verwirklicht wurden. Auf diese Weise ist Leibniz zu einem der Begründer deutscher Weltanschauung und deutscher Bildung geworden.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Aus Heidelberg wird uns geschrieben: Im Heidelberger Stadttheater spielte man ein Stück germanisches Seminar, sagte man ein wenig gelesen, aber doch apokryphes Kapitel deutscher Literaturgeschichte in die Wirklichkeit eines Theaterabends um. Das Kindermärchen in romantische Ironie getaucht und mit all. natürlichen Geistes und oft aus getrautem Witz durcheinander gewirbelt: Tieds „Geflüelter Kater“ — 77 Jahre nach seiner ersten Uraufführung. Tied bringt die Zuschauer keines Märchens als Mißspiel der Satire, gewaltiger Schändel. Bilder, Schumacher und Handwerksmeister sitzen im Parkett und begleiten, unterbrechen und kommentieren das Märchen mit ihren leichten, jeder Worte unangenehmen Bemerkungen. Loie Gegenstände, wie das Kammerchen, und nutzlose Theaterattribute, wie der Souffleur, haben im Stück eine ebenso wichtige Position wie der persönlich auftretende Dichter Tied und der Dekorationsmaler. Bühnenbild und Publikumsbild läßt und verlagern sich ineinander im Rhythmus einer tollen Ullomodie. Am Schluss gab es für dieses — freilich rein literarische, aber interessante Experiment starken Beifall, daneben schloßen sich einige aus dem ungeduldeten Publikum dem geduldeten Publikum links an, als dieses Pöbel und Jähle. — Clara Zieba hat den Text zu einer Oper geschrieben, deren Musik von ihrem Sohn Ernst Zieba stammt, der damit zum erstenmal vor die Öffentlichkeit tritt. Die Oper betitelt sich „Quatembernacht“ und gelangt zu Beginn der kommenden Spielzeit am Aachener Stadttheater zur Aufführung. — Unter der Direktion von Max Samst, Direktor der Chemnitzer Volksbühne, und Dr. Sefow wird am 2. Juli in Leipzig ein Volkstheater, verbunden mit einer Jugendbühne, mit Rollens „Der Geisler“ eröffnet. Für die Leitung der Jugendbühne zeichnet E. H. Ober.

Die erste Entscheidung über Oberschlesien

Die Mitglieder der Interalliierten Kommission in Osnabrück haben sich nun endlich auf den Wortlaut des Berichtes über die Grenzfestsetzung von Oberschlesien geeinigt. Damit ist der Auftrag des Obersten Rates von der I. A. K. nach unendlichen Vorverhandlungen erfüllt. Der Bericht wird bis zum 10. Juli dem Obersten Rat zugestellt werden, der dann die letzte Entscheidung über Oberschlesien zu fällen hat. Man kann nur hoffen und wünschen, daß Bericht und letzte Entscheidung eine „gerechte“ Lösung bringen. Mehr hat das deutsche Volk nie verlangt!

Der Bericht der Interalliierten Kommission über die Aufteilung Oberschlesiens.

W.T.B. Paris, 1. Juli. Nach einer Meldung aus Osnabrück, die der „Temps“ wiederholt, soll, Nachrichten aus Osnabrück zufolge, die interalliierte Kommission demnächst ihren Bericht über die Aufteilung Oberschlesiens fertiggestellt haben; entsprechend der Entscheidung, die auf der letzten Unterredung zwischen Ministerpräsident Briand und Lord Curzon getroffen worden ist, müsse dieser Bericht einstimmig gebilligt sein. Den letzten Nachrichten zufolge hätten sich die Mitglieder der Kommission über seine Fassung geeinigt. Man hoffe, daß er gegen den 10. Juli dem Obersten Rat vorgelegt werde.

Die Bildung der Ortswehren.

Br. Breslau, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Im Journal „officiel“ der Interalliierten Kommission wird der Wortlaut der Meldung über die Bildung von Ortswehren (Gemeindeführer) in Oberschlesien veröffentlicht, die von General Lerond genehmigt und von dem französischen Brästen Ansbauit genehmigt ist. Die Ausführung hat bereits begonnen, wobei die amtlichen Stellen sich bemühen, Parteilichkeit zwischen Deutschen und Polen zu wahren. In dem noch von den Injuranten besetzten Teil des Industriegebietes erhalten auch Parteigänger der deutschen Sache die Aufforderung, sich an den Ortswehren zu beteiligen.

Der Amnestieerlass der Interalliierten Kommission.

Br. Osnabrück, 2. Juli. Der Amnestieerlass wird in folgendem von der interalliierten Kommission veröffentlichten Aufruf an die Bewohner Oberschlesiens angehängt:

Die interalliierte Kommission gibt den Bewohnern Oberschlesiens bekannt, daß, gemäß den Anordnungen der interalliierten Kommission, die Kräfte der politischen Injuranten und der irregulären deutschen Formationen sich aus ihren Stellungen zurückziehen und am Abend des 5. Juli vollständig aufgelöst sein werden. Die Verwaltung Oberschlesiens wird von da ab wieder vollständig in den Händen der interalliierten Kommission ruhen. Allen nicht rechtmäßig gebildeten Formationen wird weder Autorität noch Gewalt irgend welcher Art zuteil. Von dieser Unterwerfung befreit und zur Befriedigung des Großen, sowie zur Wahrung der bestehenden Rassen-gegenstände befreit die interalliierte Kommission, Amnestie für alle ungesetzlichen Handlungen an, gewährt, die mit dem Zustand in Zusammenhang stehen, jedoch mit Ausnahme solcher Handlungen, die aus gewinnlicher Absicht oder aus persönlicher Rachsucht oder aus Grausamkeit begangen wurden. Von der Amnestie sind jedoch alle Personen ausgeschlossen, die nach einem noch bekannt zu gebenden Zeitpunkt in unbefugtem Besitz einer Schusswaffe oder von Explosivstoffen gefunden werden. In der Erwartung, daß die Bevölkerung durch ihr Verhalten sich dieses Altes der Rube würdig zeigen werde, sowie fest entschlossen, ihren Versuch einer Störung der öffentlichen Sicherheit zu unterbinden, fordert die interalliierte Kommission die Oberschlesier auf, in Ruhe und voll Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit der interalliierten Mächte die Entscheidung abzuwarten, die gemäß dem Berliner Friedensvertrag getroffen werden soll.

Br. Berlin, 2. Juli. Nach dem „Berl. Volksanzeiger“ hat der Amnestieerlass der interalliierten Kommission in Osnabrück unter den oberflächlichen Deutschen gewaltige Erregung hervorgerufen. Man wisse auf das Wort „Lond Georges“ im englischen Unterbaue hin, daß man nicht eher ruhen werde, bis die Antifisten des Aufstandes selbst zur Verantwortung gezogen seien. Als rechtmäßig gebildete Organisationen würde man die politischen Ortswehren bestehen lassen.

Der Abbau des Aufstandes.

Br. Hindenburg, 30. Juni. Der Abbau des Aufstandes im Kreise Hindenburg geht weiter. Jahore ist frei von Injuranten. Die Straßenbahn nach Gielitz verkehrt seit heute ungehindert und ohne Kontrolle durch die Injuranten. Nur in den äußeren Stadtvierteln haben noch Injuranten.

Bildende Kunst und Musik. Die Sammlung deutscher Bildwerke im Kaiser-Friedrich-Museum hat jetzt aus England und Italien zwei schöne und wertvolle Geschenke erhalten. Professor Bodio in Bologna schenkte dem Museum eine aus Italien stammende süddeutsche Holzgruppe, eine um 1520 geschnitten Maria mit dem Kind. Und E. T. Lindard in London stiftete den Sammlungen ein deutsches Spezialmodell aus dem 16. Jahrhundert, eine liegende Venus.

Wissenschaft und Technik. Nach dem „Echo de Paris“ hat ein nach Paris gekommener Vertreter der Kgl. Akademie von Stockholm, der Versuchen zur Übermittlung von Nachrichten durch drahtlose Telephonie zuweilen sollte, die Nachricht überbracht, er sei beauftragt, den französischen Professor Branly, den Erfinder der drahtlosen Telegraphie, für den Nobelpreis für Physik vorzuschlagen. — Das Institut für Wirtschaftswissenschaften der Universität Frankfurt a. M. ernannte zu Ehrenmitgliedern die Herren Professor Dr. Albrecht (Berlin-Weidenfeld), Professor Dr. Francano-Diessen (Ammersee), Kommerzienrat Veit von Speyer, Bankier Heinrich Emden, Kommandeur Dr. h. c. Karl Rosenberger, Geh. Justizrat Dr. h. c. Heinrich Oswalt und Rentner Hermann Weil, sämtlich in Frankfurt a. M. — Der durch seine Geschichte des Untergangs der Antike bekannte Professor für alte Geschichte an der Universität Münster i. Westf. Geh. Regierungsrat Dr. Otto Seel ist im Alter von 71 Jahren gestorben. — Ein Unterdirektor der größten holländischen Verlagsfirma Martinus Nijhoff in Haag hat der Landesbibliothek in Dresden im Auftrag seiner Firma alle in dem genannten Verlag erscheinenden Werke, die der Bibliothek erwünscht sein könnten, zum Geschenk an. Der Bibliothek wolle die niederländische wissenschaftliche Literatur in Deutschland wieder reicher vertreten werden. Das reiche Anerbieten ist der Staatsbibliothek in Berlin und der Leipziger Universitätsbibliothek gemacht worden. — Durch Vermittlung des deutschen Geländes in Bern wurde der Heidelberger Mensa Akademien von der Schweizerisch-deutschen Hilfskommission der Betrag von 100 000 M. zur Verfügung gestellt. Es ist dies die größte einmalige Zuwendung, die die Mensa bislang erhalten hat. Der Ausbau der Speisehalle, die sich in dem altherwürdigen Marktsaalgebäude befindet, erhöht dadurch eine ganz hervorragende Förderung.

Friede mit Amerika.

Nachdem das amerikanische Repräsentantenhaus die Kompromissresolution über den Frieden mit Deutschland angenommen hat, stimmte ihr auch der Senat zu. Es wird allgemein angenommen, daß jetzt alles allzeit gehen wird, und der Frieden mit Deutschland und Österreich am Montag, dem amerikanischen Nationalfeiertag, verkündet werden wird. Der amerikanische Botschafter für Berlin, Dr. Hill, weiß bereits seit einiger Zeit in der Reichshauptstadt. Er wird nach formeller Herstellung des Friedenszustandes sofort die Botschaftergeschäfte übernehmen. Es war ein Novum im völkerrechtlichen Leben, daß die politischen und Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten bereits wieder vollkommen aufgenommen waren, während sich der Friedensschluß solange hinausgezögerte. Der Beschluß des Friedenszustandes folgt dann freilich noch der Abklärung des eigentlichen Friedensvertrages mit Amerika. Hierfür gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder man regelt die ausgedehnten völkerrechtlichen und privatrechtlichen Verhältnisse durch einen besonderen Friedensvertrag, oder aber die Vereinigten Staaten treten dem Friedensvertrag von Versailles nachträglich doch noch bei und begnügen sich mit der Notifizierung aller jener Vorbehalte, die während der langen Debatten im Repräsentantenhaus und im Senat formuliert worden sind.

Die Regierung von Washington hat bereits ihre Eide im Obersten Rat und in den verschiedenen Kommissionen wieder eingegeben. Sie gedenkt, ganz gleich, ob sie dem Versailles-Vertrag beiträgt oder nicht, dennoch die ihr zustehenden Rechte aus dem Vertrage voll in Anspruch zu nehmen. Es ist möglich, daß sie auch die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückzieht. Für Deutschland wäre das lediglich ein finanzieller Vorteil, da die amerikanischen Soldaten am teuersten sind. Aber an ihre Stelle würden einfach die Franzosen treten. Zu hoffen ist wenigstens dann, daß Amerika im Obersten Rat für eine Verminderung der Belastungsstärke eintritt. Vor allem aber erwartet Deutschland, daß Amerika sich für die Beseitigung der Sanktionen einsetzen wird.

Endgültige Verabschiedung der Kompromissresolution.

Da, Washington, 2. Juli. Der Senat hat die Kompromissresolution, die den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Deutschland und Österreich andererseits beendet, mit 38 gegen 19 Stimmen angenommen. Damit hat der Kongreß die Kompromissresolution endgültig verabschiedet. Sie geht jetzt zur Unterschrift an den Präsidenten Harding.

Fortsetzung der Etatsberatung.

Stadterordnetenfassung vom 1. Juli 1921.

Die gestrige Sitzung der Stadterordneten wurde durch den Vorsitzenden Stadterordnervorsteher Geh. Justizrat Dr. Alberti mit geschäftlichen Mitteilungen eröffnet und beschlossen, nunmehr Ferien einzutreten zu lassen, welche bis Anfang August dauern sollen. — Bei den beiden ersten gemeinsamen zur Verhandlung kommenden Gegenständen der Tagesordnung handelt es sich um den Erlaß eines Ortsstatuts, betr. die Erhebung von Anliegerbeiträgen zur Straßenunterhaltung, bzw. um die Bewilligung der Mittel für die Herstellung der Fahrstraße sowie der Parkstraße zwischen Bosenberg und Straßburger Straße. Der Berichterstatter des Bauausschusses Stadtm. Hildner betonte, der Zustand der Straßen sei anerkannt mangelhaft. Wiederholt haben die Anwohner Beschwerden geführt. Die Kosten für die Straßenverbesserung sind auf 306 750 M. veranschlagt. Die Anwohner der betr. Straßen haben sich zur Beilegung eines Zuschusses von 45 000 M. bereit erklärt. Dieser aber genügt nicht, und es soll für diesen und ähnliche Fälle ein Ortsstatut erlassen werden, welches grundsätzlich die Anlieger zu Beiträgen verpflichtet, so weit es sich nicht lediglich um Straßenausbesserungen, sondern um die Änderung der Befestigung in eine bessere handelt und der Aufwand einen gewissen Betrag übersteigt. Der Magistrat hatte als diesen Betrag 1000 M. in Aussicht genommen; der Bauausschuß aber beantragt, den Betrag auf 20 000 M. entsprechend dem heutigen Geldwert, zu erhöhen. Im weiteren will eine Änderung des Ausschusses an dem Wortlaut des Ortsstatuts die Möglichkeit schaffen, daß bei der Anlage von Plätzen auch weitere Interessenten nach dem Maßstab des Nutzens, der ihnen aus der Anlage erwächst, zu den Kosten herangezogen werden können, und sodann soll auch die Gültigkeit des Ortsstatuts zeitlich begrenzt und auf drei Jahre beschränkt werden. Mit diesen Änderungen empfiehlt der Bauausschuß dem Erlaß des Ortsstatuts auszusprechen, und es zunächst in dem hier in Betracht stehenden Fall zur Anwendung zu bringen. Nach der Magistratsvorlage nämlich soll in allen Fällen die Zustimmung der Stadterordneten Voraussetzung für die Anwendung des Ortsstatuts sein. — Der Vorlage wird nach kurzer Debatte zugestimmt und ebenso der Anwendung auf die in Betracht kommenden Straßen.

Es bietet sich Gelegenheit, den Paulus am alten Friedhof an der Blatter Straße, welcher durch den Anfall der Kohlschächte und Gernerischen Grundstücke geschaffen ist, zum Zweck der Errichtung von Kleinwohnhäusern durch den Kauf eines weiteren 10 Ar 60 Quadratmeter großen Grundstücks abzurufen. Der Einheitspreis beläuft sich nach dem Stadt. Hermann Reichwein, welcher zu dem Grundstück für den Bauausschuß berichtet, auf 500 M. für die Rute oder auf insgesamt 21 200 M. Der Kaufabschluß wird widerstandslos ausgeteilt. Durch das preußische Beamtendienst-Einkommensgesetz sind, wie Stadtm. Komelet als Berichterstatter des Bauausschusses ausführt, einige unbedeutende und nicht allzu einschneidende Änderungen der städtischen Polizeivorschriften bedingt, welche ohne Widerspruch ausgeteilt werden.

Stadtm. Krüde erstattet sodann Bericht über den Deutschen Städteklub in Stuttgart, worauf die

Beratung des Haushaltsplans für 1921

fortgesetzt wurde. Stadterordnervorsteher Geh. Justizrat Dr. Alberti gab zunächst eine Reihe von Anfragen und Eingaben bekannt, unter letzteren auch (wie bereits in der gestrigen Abendausgabe berichtet) die des Haus- und Grundbesitzvereins gegen die Erhebung der neuen Steuern.

Stadtm. Dr. Dunderhoff

erstattet den Bericht des Finanzausschusses über den gesamten Haushaltsplan. Er führte u. a. aus: Damit der Haushaltsplan für 1921 mit dem für 1920 rechnerisch verglichen werden kann, müssen die durch den Halbjahresabschluß per 1. Oktober 1920 sich ergebenden und für das Ende des Rechnungsjahres auf Grund deselben geschätzten Zahlen berücksichtigt werden. Die Zusammenstellung ergibt, wie Herr Stadtkämmerer Schulte ausgeführt hat, für 1920 das berichtete Einnahmestück von 208,2 Mill. M. Die tatsächlichen Ausgaben des vorigen Rechnungsjahres waren 41,5 Mill. M. höher als im Haushaltsplan für 1920 veranschlagt. Andererseits sind die Einnahmen durch Abbau und Tarifserhöhungen um 6,5 Mill. M. gestiegen, so daß der Umlauf beim das Etatsjahr für 1920 41,5 — 6,5 = 35 Mill. M. höher ist als veranschlagt, also 173,2 + 35 = 208,2 Mill. M. Die Zusammenstellung der Ausgaben für 1921 ergibt 220,2 Mill. M., demnach müssen 12 Mill. M. Mehrausgaben gedeckt werden. Der Finanzausschuß hat inwieweit die Haushaltspläne der einzelnen Verwaltungen geprüft und unter Berücksichtigung der Besprechungen und Anträge bei der Generaldebatte am 17. v. M. zu derselben Stellung genommen. Ohne wegen der formwährend auftretenden Schwankungen auf besondere Einzelheiten eingehen, kann aber die Voranschläge im ganzen folgendes berichtet werden: Von den in der Zusammenstellung der Ordentlichen Verwaltungen aufgeführten

Gesamtzuschüssen

werden die hohen Beträge verlangt durch die Hauptverwaltung, Finanzverwaltung, Wohnungsamt, Straßenbauamt, Feuerwehrt, Schulverwaltung, Kurverwaltung, Krankenhaus, Arbeitsamt, Soziale Fürsorge, Fürsorgeamt. Diese 11 Posten zusammengefaßt ergeben 43 040 000 M., so daß sich noch 8 Mill. Mark auf 23 andere Verwaltungen verteilen. Die Deckung dieser 23 Zuschüsse wird fast allein durch die veranschlagten Steuern mit 42,6 Mill. M. und die Ergebnisse der Wasser- und Lichtwerke mit 5,6 Mill. M. bewirkt. Hierzu kommen noch die in der Überschuss- und Zuschußverwaltung unter Ein-

nahmen aufgeführten 2,8 Mill. M., die von den Wasser- und Lichtwerken durch Zuschüsse zu bewilligende Tarifserhöhungen abgeliefert werden sollen. Ferner sollen nur noch die drei Verwaltungen für den Markt, Landwirtschaft (einschl. Weinberge und Forsten) und das Altersheim zusammen 129 300 M. aufbringen. In der Hauptverwaltung, welche in diesem Jahr allein einen Zuschuß von 8,7 Mill. M. gegen 4,6 Mill. M. im Jahre 1920 aufweist, sind für die Stadterordneten 1,4 Mill. M. und für den Magistrat 600 000 M. zur Verfügung gestellt. Die beiden Beträge, die gewissermaßen als Erlös für die Rückstellungen von Kriegsausgaben betrachtet werden können, sollen zur Deckung von unvorhergesehenen notwendigen kleineren Mehrausgaben dienen. Hierzu ist zu bemerken, daß die Stadterordneten-Versammlung am 25. Februar 1921 beschlossen hat, der Magistrat wird ermächtigt, seinerseits Abfertigungen, die in der Gesamtschulden der Bilanzierung des Etats nicht um mehr als 500 000 M. ändern, zu genehmigen. Es werden im Haushaltsplan also nur 100 000 M. mehr zur Verfügung des Magistrats als schon bereits genehmigt vorgeschlagen. Der Finanzausschuß hat sich hiermit einstimmig einverstanden erklärt. Die unter Staatsausgaben aufgeführten Ausgaben für Polizeiverwaltung mit 1 Mill. M. und für die Bezirksfeuer mit 1,73 Mill. M. sind von der Stadt angefordert und werden hoffentlich später noch etwas reduziert werden können. Bei den

Lebensmittelämtern.

welche im ganzen einen Zuschuß von 345 000 M. erfordern, werden im ganzen 4,2 Mill. M. weniger als 1920 verausgabt. Dies errechnet sich wie folgt: Durch Minderanforderung von Waren und Abbau werden weniger verausgabt: beim Lebensmittelamt 2,1 Mill. M., beim Fleischamt 7,5 Mill. Mark (seit Oktober 1920 aufgehoben), bei den Speiseanstalten 0,1 Mill. M. (durch Aufhebung der Vorküchen), beim Bekleidungsamt und Mittelbekleidungsstelle 0,7 Mill. M. (zurzeit im Abbau begriffen), zusammen 29,4 Mill. M. Andererseits werden für Waren mehr gefordert: Wehlamt 10 Mill. M., Kartoffelamt 4,7 Mill. M. (soll im Juli aufgehoben werden), Kohlenamt 10,0 Mill. M., Solamat 7,0 Mill. Mark, Wollamt 3,8 Mill. M., zusammen 27,0 Mill. M., so daß also bei diesen Posten 2,4 Mill. M. weniger, und ferner für persönliche Ausgaben 1,8 Mill. M., zusammen 4,2 Mill. Mark weniger verausgabt werden. Zu dem Voranschlag des Wohnungsamts, das mit einem Zuschuß von 1 035 700 Mark gegen 876 300 M. im vorigen Jahr abschließt, wurde von der sozialdemokratischen Fraktion beantragt, auf Titel II/3 die veranschlagte Summe von 250 000 M. für Instandsetzung von Mietwohnungen auf 750 000 M. zu erhöhen. Der Finanzausschuß hat beschlossen, davon abzusehen, da nur noch eine beschränkte Zahl von Wohnungen sich zum Umbau eignen und dafür die vorgeschlagene Summe von 250 000 M. jedenfalls ausreichen dürfte. Bei der Befragung des Etats des Straßenbauamts war der Finanzausschuß mit dem Voranschlag desselben einverstanden. Die Straßenreinigungsgesellschaft dagegen hat zu längeren Verhandlungen Veranlassung gegeben. Ist aber schließlich angenommen in Rücksicht auf die Erklärung des Magistrats, daß er eine entsprechende Erhöhung des Zuschlags zur Friedensmiete für notwendig erachte und einen entsprechenden Antrag an den Bezirksausschuß stellen werde. Bei dem Prozenß der Erhöhung des Zuschlags zur Friedensmiete soll auch gleichzeitig die Neubelastung der Hausbesitzer durch die Grund- und Gebäudesteuer berücksichtigt werden. Den Haushaltsplan der Wasser- und Lichtwerke hat der Finanzausschuß unverändert angenommen. Er hat auch der in der Überschuss- und Zuschußverwaltung eingehenden Mehraufhebung der Werke von 2,8 Mill. M., die durch später noch zu bewilligende Tarifserhöhungen aufgebracht werden müssen, zugestimmt. Bei der Befragung der Verwaltungen für Pflege von Wissenschaft und Kunst vertritt der Finanzausschuß die Ansicht, daß die im Haushaltsplan für Erlöse vorgesehene Beträge, welche zusammen 600 000 M. ausmachen, mit Rücksicht auf die künftige Bedeutung nach Möglichkeit reduziert werden sollen, er hat sich aber damit einverstanden erklärt, wenn die zu erzielenden Erlöse auf 300 000 M. festgesetzt werden und empfiehlt den Stadterordneten, hierzu die Zustimmung zu erteilen. Den für die

Kurverwaltung

errechneten hohen Zuschuß von fast 2 Mill. M. will der Finanzausschuß nicht beanstanden, da in erster Linie dafür gesorgt werden muß, daß das für Wiesbaden ungemein wichtige Ausleben nach Möglichkeit gepflegt und gefördert werden muß, denn dies ist und wird doch die Hauptstütze für das wirtschaftliche Gedeihen der Stadt bleiben. Ebenso glaubt der Finanzausschuß, daß der Zuschuß zur Kurverwaltung, insbesondere zum Kaiser-Friedrich-Bad, bei den gegebenen Verhältnissen zurzeit nicht herabgemindert werden kann. — Bei der Beratung der Kurverwaltung wurden von verschiedenen Seiten starke Bedenken gegen die vom Magistrat beantragte Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer von 5 auf 7 1/2 % und des zu erhebenden Zuschlags auf die Gewerbesteuer von 600 Prozent geltend gemacht. Die Mehrheit des Finanzausschusses hat den Erhöhungen jedoch zugestimmt und empfiehlt daher der Stadterordneten-Versammlung, sie ebenfalls zu bewilligen. Der Finanzausschuß hat sich dabei von den Erwägungen leiten lassen, daß die Stadt bei den ungemein schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen sich auch Wiesbaden befindet, unbedingt alle zur Verfügung stehenden Einnahmequellen erschöpfen muß, schon um in dieser Beziehung der den bei Staat und Reich noch geltend zu machenden Forderungen nichts verläßt zu haben. — Bei der Beratung der Kurverwaltung wurde im Finanzausschuß der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Erhebung des Zuschlages auf andere Weise, als jetzt beabsichtigt, geregelt werde. Diese Anregung sowie der gelegentlich der Befragung der „Sozialen Fürsorge“ von der sozialdemokratischen Partei ge-

stellte Antrag, den Beitrag für das Gewerkestatistik von 4000 auf 10 000 M. zu erhöhen, wurden, da man von einer geringfügigen Änderung des gedruckt vorliegenden Etats absehen wollte, dem Magistrat zur wohlwollenden Prüfung überwiesen. — Bezüglich der Einkommensteuer ist nach den neuesten Nachrichten zu befürchten, daß die dem Haushaltsplan zugrunde gelegte Berechnung des Anteils an der Reichseinkommensteuer von rund 28 Mill. M. nicht mehr zutreffend ist. Außerdem ist es noch fraglich, ob für 1921 der volle Anteil wie im Jahre 1920 vergütet wird, da das Reich durch die Novelle zum Einkommensteuergesetz voraussichtlich einen Ausfall von vielen Millionen haben wird. Es wurde daher im Finanzausschuß auch das Verlangen geäußert, daß sich die Stadt den vielfachen Befürchtungen der Gemeinden und Städte teils annehmen und sie kräftig dahin unterstützen müßte, daß baldigst eine Reform der Einkommensgesetzgebung zustande kommt. Reich und Staat müssen den Gemeinden die Mittel zum Leben gewähren und sie an der Reichseinkommensteuer in höherer und ausreichender Weise beteiligen. Auch dagegen muß angenommen werden, daß den Städten unter Umständen die Realsteuern teilweise aber ganz genommen werden. Zusammenfassend kann bezüglich der Ordentlichen Verwaltung gesagt werden, daß es gelungen ist, den Haushaltsplan zu balancieren,

wenn die vorgesehene Steuererhöhung und die Einführung der Straßeneinigungsgebühr unermindert genehmigt werden. Der Finanzausschuß bedauert, daß die Bürger Wiesbadens durch diese Erhöhung außerordentlich stark belastet werden, hält es aber für unbedingt notwendig, den Haushaltsplan ohne Defizitanleihe zu balancieren. Sollte die eben ausgesprochene Befürchtung, daß die veranschlagten 28 Mill. M. Anteil an der Reichseinkommensteuer nicht voll eingebracht, sich bewahrheiten, sollte ferner die im Etat vorgesehene Entlastung der Schulverwaltung von 1 1/2 Mill. M. nicht oder nicht in vollem Umfang verwirklicht, dann muß eine weitere Erhöhung der Steuern und Gebühren eintreten, als im Haushaltsplan vorgesehen ist. Ebenso müssen die Wasser- und Lichtwerke, falls eine Erhöhung der Kohlenpreise und der Kohlensteuer eintreten sollte, schon aus diesem Grund zu einer Erhöhung der Preise schreiten, ganz abgesehen davon, daß in der Überschuss- und Zuschußverwaltung der vorgesehene Betrag von 2,8 Mill. M. bei den Wasser- und Lichtwerken durch Tarifserhöhungen noch bereitgestellt ist. Der Finanzausschuß glaubt es verantworten zu können, wenn bei der Feststellung des Etats die Steuern, Gebühren und Tarife in der vorgeschlagenen Höhe beibehalten werden, hofft hierbei, daß die zu erwartenden Ausfälle durch Ersparnisse an persönlichen Ausgaben, vor allem durch Abbau der Kriegsausgaben ausgeglichen werden können. Alle gegebenenfalls im Lauf des Jahres zu erzielenden Ersparnisse sind hierbei aber voll ausgenutzt und können auf keinen Fall dazu dienen, auf die im Etat vorgesehene Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer sowie der Gewerbesteuer und auf die Einführung der Straßeneinigungsgebühr zu verzichten. Über die Außerordentliche Verwaltung braucht nur folgendes hervorgehoben zu werden: Der Bedarf aller Verwaltungen für Neubauten, Neuanschaffungen usw. beläuft sich auf rund 22,4 Mill. M. Die dem Kapitalbedarf stehende aber die Geldbeträge gegenüber, die durch den Abbau der Lebensmittel (mit über 10 Mill. M.) und durch Verfeinerung der Materiallager der Bauämter, Erlös vom Reich für Wohnungsbauten usw., einen Gesamtbetrag von 17,2 Mill. M. ergeben, so daß nur ein Kapitalbedarf von rund 5,2 Mill. M. übrig bleibt. Zu dem Plan der Außerordentlichen Verwaltung ist seitens der sozialdemokratischen Fraktion der Antrag gestellt worden, die für den

Neubau von Wohnungen

vorgesehenen 5 1/2 Mill. M. auf 12 Mill. M. zu erhöhen. Der Finanzausschuß hat jedoch geäußert, diesen Wunsch bei der Etatsaufstellung nicht mehr berücksichtigen zu brauchen, da die in der Außerordentlichen Verwaltung veranschlagten Projekte sowieso vor ihrer Ausführung nochmals genauer veranschlagt und von der Stadterordneten-Versammlung besonders genehmigt werden müssen. Es kann daher später noch über besondere Vorlagen, die über die 5 1/2 Mill. M. hinausgehen, von Fall zu Fall beschlossen werden, was gleichzeitig nach dem Vorteil mit sich bringt, daß für den Kapitalbedarf für Wohnungsbauten verhältnismäßig am leichtesten Geld zu beschaffen ist. Gelegentlich der Generaldebatte ist mit Recht hervorgehoben worden, daß die Stadt hinsichtlich

der Kapitalbeschaffung

zurzeit besser stehe als manche andere deutsche Stadt; ihre Finanzlage sei eine gesunde, da der gesamte bisherige Kapitalbedarf durch feste Anleihen und nur zu einem geringen Betrag durch schwappende Schulden gedeckt sei. Die Mitteilungen der Presse über die Ausrichtungen verschiedener Redner hinsichtlich der gesunden Lage der Finanzen Wiesbadens haben auch in der auswärtigen Presse Aufnahme gefunden, aber teilweise in so verkürzter und in nicht ganz zutreffender Form, daß dadurch eine mißverständliche Auffassung über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse erweckt wurde: die gesunde Lage hinsichtlich der Deckung des bisherigen Kapitalbedarfs darf nicht verwechselt werden mit den ganz außerordentlich großen Schwierigkeiten, die zur Bilanzierung des Haushaltsplans der Ordentlichen Verwaltung zu überwinden waren. Diesbezüglich sei auf folgende Verhältnisse im Haushaltsplan hingewiesen. Im Jahre 1914 waren an Steuern 3,5 Mill. M., an Zinsen und Tilgung 4 Mill. M. veranschlagt, so daß also fast der ganze Steuerertrag für die Verzinsung und Tilgung der Schulden in Anspruch genommen wurde. Im Jahre 1921 sind die Steuern mit 42,6 Mill. M., die Zinsen und Tilgung mit 8 Mill. M. veranschlagt, so daß 34,6 bzw. rund 35 Mill. M. übrig bleiben zur Deckung der Verwaltungsaufgaben. Hieraus ergibt sich, daß die Schwierigkeiten in der Bilanzierung des vorliegenden Haushaltsplans und aller zukünftigen weit aus größer sind als die Verzinsung und Tilgung für die in der zurückliegenden Zeit gemachten Schulden. Wenn am Beispiel des abgelaufenen Jahr 1920 nach den früheren Mitteilungen des Stadtkämmerers voraussichtlich mit einem Schuldbetrag von 1 Mill. M. abschließen wird, ist dieses Ergebnis nur dadurch ermöglicht, daß während des ganzen Rechnungsjahres fortlaufend neue Erhöhungen der Gebühren und Tarife durch 44 Beschlüsse der Stadterordneten-Versammlung genehmigt worden sind. Zur Deckung des Fehlbetrags aus 1920 hat die Stadterordneten-Versammlung die nachträgliche Erhöhung der Gewerbesteuer beschlossen, kann jedoch noch nicht endgültig mit der Erhebung dieser Steuer rechnen, da die in Aussicht gestellten gezielten Ermäßigungen zurzeit noch nicht vorliegen. Sollte schließlich die Erhebung der Steuer gesetzlich nicht zulässig sein, dann muß der verbleibende Fehlbetrag auf das Jahr 1921 vortragen und von diesem getragen werden. Unter Würdigung aller dieser Gesichtspunkte schlägt der Finanzausschuß der Stadterordneten-Versammlung vor, die zur Deckung des Fehlbetrags vom Magistrat gestellten Anträge zu genehmigen. Die Stadterordneten-Versammlung wolle daher genehmigen:

1. Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer auf 7 1/2 % pro Mille,
2. Erhöhung des Zuschlags zur Gewerbesteuer auf 600 Prozent,
3. Einführung der Straßeneinigungsgebühr,
4. Weitere Erhöhung der Tarife der Wasser- und Lichtwerke bis 2,8 Mill. M. auf Grund späterer besonderer Beschlüsse.

Endlich ist noch auszusprechen, daß die nach den neuen Schulgesetzen zu erwartende Entlastung des Etats der Schulverwaltung mit 1 1/2 Mill. M. in Ansatz gebracht ist.

Bürgermeister Travers

nachdem lobend das Wort zu einer Erklärung, indem er im Hinblick darauf, daß durch die Nachrichten auswärtiger Zeitungen eventuell mißverständliche Auffassungen entstehen könnten, betonte, unsere Finanzen seien wohl gesund, so weit es sich darum handele, daß unsere Schulden durch Anleihen gedeckt seien und wir im Gegensatz zu anderen Städten nur ganz geringe schwebende Schulden haben. Es hätte jedoch der Überwindung großer Hindernisse bedurft, den Etat zu balancieren, so daß man die Finanzlage im allgemeinen nicht als außerordentlich günstig bezeichnen könne.

Stadtkämmerer Schulte

unterstützt die Ausführungen des Bürgermeisters und führte weiter aus: Der Herr Vorsitzende des Finanzausschusses hat in seinem Bericht mit Recht hervorgehoben, daß durch die Mitteilungen auswärtiger Zeitungen Mißverständnisse über

die finanzielle Lage der Stadt

entstanden seien, und auch gleichzeitig eine Erklärung für solche Mißverständnisse durch die gedruckte Kürze der Nachrichten gegeben. Unverständlich ist es aber, wie in der Pressevermittlung des hiesigen Haus- und Grundbesitzervereins der 2. Vorsitzende Herr Hartmann laut Zeitungsnachrichten behaupten konnte, der Stadtkämmerer habe die Finanzlage der Stadt Wiesbaden als außerordentlich günstig bezeichnet, müsse aber doch einsehen, daß die städtische Finanzwirtschaft vor dem Zusammenbruch stehe. Solche Ausführungen sind um so schärfer zu verurteilen, als Herr Hartmann an Hand der ausführlichen Berichte der hiesigen Zeitungen sich genau über die Mitteilungen des Stadtkämmerers unterrichtet habe. Es ist notwendig, daß zunächst einmal festgestellt wird, was nun mit als Stadtkämmerer und von Herrn Stadtdirektor Deutsch als Stadtverordneter über die Finanz- und Wirtschaftslage der Stadt eigentlich gesagt worden ist. Der Stadtkämmerer hat gelegentlich der Vorlesung des Haushaltsplans darauf hingewiesen, daß der Kapitalbedarf in der außerordentlichen Verwaltung sich dadurch wesentlich verringert, daß durch den Abbau der Lebensmittelpreise u. a. Kapitalien frei würden. Der tatsächlich noch übrig bleibende Kapitalbedarf beträgt rund 48 Mill. M., sei also verhältnismäßig gering. Es müsse aber berücksichtigt werden, daß die Kapitalbedürfnisse in der nächsten Zeit für alle Städte, so auch für Wiesbaden, außerordentlich großen Schwierigkeiten begegnen würden. Herr Stadtdirektor Deutsch, dem diese Schwierigkeiten besser bekannt sind, als irgend einem anderen Herrn der Stadtverwaltung, hat dann auch seiner Genehmigung Ausdruck gegeben, daß Wiesbaden keine Schulden im wesentlichen konstatieren habe, und deshalb vor dem Zusammenbruch der schwebenden Schulden bewahrt

sei. Der Stadtkämmerer hat ferner zusammenfassend gesagt, daß es dem Magistrat gelungen sei, den Haushaltsplan der Ordentlichen Verwaltung für 1921 zu balancieren, indem er alle Einnahmequellen bis auf das Aushilfskredit habe, alle Ausgaben auf das äußerste Maß heruntergedrückt habe. Herr Stadtdirektor Deutsch hat hierzu erklärt, daß er die äußerste Ausschöpfung der Einnahmequellen wohl anerkenne, dagegen aber nur in beschränktem Maße zustimmen könne, daß alle Ausgaben tatsächlich auf das geringste Maß heruntergedrückt seien; die notwendigen Ausgaben müßten immer stärker unter die Lupe genommen werden, damit die Stadt auch ferner in der Lage bleibe, wenn auch unter den schwierigsten Sorgen und Lasten, die Ausgaben und Einnahmen zu balancieren. Der Stadtkämmerer hat bei seinen Ausführungen zum voraussichtlichen Ergebnis 1920 erklärt, daß der eintreffende Fehlbetrag, der sich auf Millionen belaufen könne, auf das neue Jahr vorgetragen werden müsse, und deshalb die Bilanzierung seiner Einnahmen und Ausgaben erschwere. Andere Städte begünstigt zwar durch Aufnahme schwebender Schulden den Fehlbetrag, zunächst auf decken und auf mehrere Jahre zu verteilen. Ein solches Verfahren könne jedoch nicht empfohlen werden, da in absehbarer Zeit jedes folgende Jahr vor schwierigeren Aufgaben gestellt sein würde als das vorhergehende. Herr Stadtdirektor Deutsch hat in dieser Beziehung erklärt, daß die Belastung, zum Beispiel die Gebühr für Straßenreinigung, für den Haushalter unerträglich sei, daß er es auf der anderen Seite aber für eine unerantwortliche Geschäftsführung halte, mit offenen Augen einer Miswirtschaft bezw. einer Defizitwirtschaft zuzusehen, ohne diesen letzten Versuch gemacht zu haben, durch besondere Einnahmen ein drohendes Defizit zu decken. Aus den genannten Ausführungen spricht der Geist einer gesunden Wirtschaftsführung und der feste Wille zur Gekünderhaltung der Wirtschaft trotz aller entgegenstehenden größten Schwierigkeiten. Aus den Ausführungen kann aber niemand herauslesen, daß der Stadtkämmerer bei der Vorlesung des Haushaltsplans und Herr Stadtdirektor Deutsch bei seiner Stellungnahme zu demselben die Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse der Stadt als „außerordentlich günstig“ bezeichnet hätte. Mit dieser Feststellung sind alle Mißverständnisse, die entstanden sind, an sich gänzlich beseitigt. Trotzdem erscheint es aber als gut, die gegebene Gelegenheit zu benutzen, einen zusammenfassenden Überblick über die Staatspolitik der Stadtverwaltung zu geben, wie sie während des Kriegs und nach demselben betrieben worden ist. Hierbei handelt es sich allerdings nicht um etwas Neues, der Stadtverordnetenversammlung Unbekanntes, sondern um etwas, was bei den verschiedenen Gelegenheiten bereits wiederholt hervorgehoben worden ist. Die Haushaltspläne der Stadt waren früher wenig übersichtlich und sind deshalb im Jahre 1916, also während des Kriegs, umgestellt worden, obwohl der große Mangel an Personal und die damit verbundene starke Überlastung der vorhandenen Kräfte eine so große Arbeit fast unausführbar erschienen ließ. Um eine wirklich sichere Grundlage für die Haushaltspläne zu erhalten, ist damals unter voller Beibehaltung der kameralschen Form eine inhaltlich rein finanzielle Buchführung eingeführt worden, die den Fortschritten des Handelsgelehrten genügte. Für die Wiesbadener Haushaltspläne gilt dabei auch die an alle Kaufmännischen Büros zu stellende Grundforderung: Klarheit und Richtigkeit. Auf Grund der wirtschaftlich richtigen Unterlagen war es dem Magistrat möglich, für die Beurteilung der Verhältnisse richtige Zahlen zu gewinnen und aus diesen Zahlen die Schritte für die erforderlichen Maßnahmen zu ziehen. Der Magistrat hat stets mit höchster Offenheit die Stadtverordnetenversammlung über die gefundenen Ergebnisse unterrichtet und bei dieser stets volle Unterstützung für alle seine Vorhaben gefunden, wenn diese auch den Bürgern außerordentlich schwere Lasten auferlegten. Besonders großen Wert hat der Magistrat darauf gelegt, den

Änderungen der heutigen Verhältnisse

im Vergleich zu denen der Vorkriegszeit Rechnung zu tragen. In diesem Sinne hat er in Rücksicht auf die fortwährend eintretenden Änderungen in den wirtschaftlichen Faktoren nicht nur der Aufstellung des Haushaltsplans, sondern vor allem seiner Durchführung keine ganze Kraft gewidmet. Nicht einmal im Jahre, sondern das ganze Jahr hindurch fanden Sitzungsberatungen statt. Im vergangenen Herbst hat der Magistrat zur Klarstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach einem besonderen Halbjahresabschluß fertigen lassen und daraus Maßnahmen für die Gekünderhaltung der Wirtschaftsführung der Stadt hergeleitet. Das es der Stadt bisher gelungen ist, ihren Haushaltsplan in Ausgaben und Einnahmen zu balancieren, ist um so beachtenswerter, als die Stadt

als ausgesprochene Kur- und Fremdenstadt

durch die Befekung in ihrem Lebensnerv gestiegen worden ist. So man kann wohl verstehen, daß in

eingeweihte sich überbaute gar nicht erklären können, wie es Wiesbaden möglich war, sich bei den katastrophalen Verhältnissen noch zu behaupten. Es ist nun zu berücksichtigen, daß früher Wiesbaden eine wohlhabende Stadt war und aus dieser Zeit noch Kräfte übrig hat, die ihm helfen, über die Schwierigkeiten zunächst noch hinwegzukommen. Beispielsweise hat Wiesbaden in der guten Zeit keine Straßen mit bestem Material hergestellt, so daß sie jetzt verhältnismäßig geringe Unterhaltungskosten verlangen; es hat auch die Straßen so sorgfältig unterhalten, gereinigt und beleuchtet, daß hierin noch Ersparnisse gemacht werden können; es hatte auch verhältnismäßig niedrige Redaktionsgebühren, die es jetzt erhöhen konnte, und belag noch keine Straßeneinigungsgebühr, die es nunmehr einführen kann. Dieses alte Geld, wie man es wohl nennen darf, wird aber naturgemäß einmal aufgezehrt sein, und zwar in nicht allzu ferner Zeit. Bei der Kur- und Bäderverwaltung z. B. ist dieser Augenblick bereits eingetreten. Der Finanzausschuss hat anerkennen müssen, wie aus dem Bericht seines Vorsitzenden hervorgeht, daß an den Ausgaben nichts mehr gespart und an den Einnahmen nichts mehr erhöht werden kann, daß also mit anderen Worten

die Kur- und Bäderverwaltung keine Mittel mehr

besitzt, den erforderlichen Zuschuß von rund 3 Mill. M. zu vermindern. Der Magistrat hat daher auf Grund des § 54 des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 einen Antrag auf einen Zuschuß des Reichs in Höhe von 3 Mill. M. gestellt. Bekannt ist auch der Stadtverordneten-Versammlung, daß für die gesamte Stadtverwaltung Anträge in Vorbereitung sind, die auf Grund des § 53 des Landessteuergesetzes eine besondere Hilfeleistung seitens des Reichs erbitten sollen. Wenn die Körperschaften Wiesbadens wie bisher sich bemühen, alle Ausgaben der Stadtverwaltung auf das äußerste Maß herunterzudrücken und alle Einnahmequellen reiflos auszunutzen, dann können sie mit Recht erwarten, daß das Reich Wiesbaden in den folgenden Jahren in dem Maße unterstützt, wie es es tatsächlich verdient.

In der nun folgenden

Debatte

traten Redner aller Fraktionen auf. Stadtdirektor Kettenbach (Sond.) beantragte, die 550 000 M., welche für die Polizei im Etat eingestellt sind, zur Beschaffung von Lehrmitteln in den Volksschulen zu verwenden. Frau Herrmann (Sond.) fragte mit einem Hinweis auf die kürzlich eröffnete Frauenschule für die Schülerinnen der Posten, was nun für die Mädchen des vierten Standes zu ihrer Ausbildung werde, wenn diese aus der Volksschule entlassen würden. Stadtdirektor Bauer (Sond.) hob mit Nachdruck hervor, daß es notwendig sei, die Kriegsschäden in der Lebensmittelförderung so schnell wie möglich abzubauen. Die Zwangsverwaltung für Lebensmittel liege unter den heutigen Zeitverhältnissen nicht mehr im Interesse der Konsumenten; vor allem müsse die Zwangsverwaltung beseitigt werden, für die nur die Fabrikanten ein Interesse hätten. Stadtdirektor Dudenhoff (Sond.) vertrat die Meinung, daß auf

dem Gebiet des Wohnungswesens in Wiesbaden

nicht genug geleistet worden sei, und beantragte, die in den Ordentlichen Etat eingestellte Summe von 5 1/2 Mill. M. auf 12 Mill. M. und den in den außerordentlichen Etat eingestellten Betrag von 250 000 M. auf 750 000 M. zu erhöhen. Der Redner betonte ferner, daß auf dem Gebiet des Wohnungswesens die Beibehaltung der Zwangsverwaltung notwendig sei und wiederholte seinen Antrag, daß die Vergütung von Wohnungen durch das Wohnungswesen nur unter Mitwirkung der im Jahre 1920 gewählten Kommission erfolgen solle. — Bürgermeister Travers hat mit Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge; er sei indes gern bereit, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Räteverbands (Dudenhoff) und dem Hausbesitzerverein alle 8 oder 14 Tage Gelegenheit zur Einsicht in die Vergütung von Wohnungen zu geben. — Stadtdirektor Dudenhoff (Sond.) beharrte auf seinem Standpunkt und wurde darin vom Stadtdirektor Hildner (Dem.) unterstützt, der hervorhob, daß es sowohl für die Mieter wie für die Hausbesitzer nur angenehm sein könne, wenn eine Kommission bezw. Deputation bei der Vergütung der Wohnungen mitwirke. — Stadtdirektor Lindig (Sond.) fand die Summe von 20 000 M., die für Ankauf von Wertgegenständen für das Museum eingestellt seien, zu niedrig, worauf Bürgermeister Travers erwiderte, daß noch weitere 27 000 M. aus Silberverkäufen dazukämen. — Stadtdirektor Krüke (D. Bpt.) brachte Beschwerden über die Schulverwaltung und die Zustände im Museum 2 vor. — Stadtdirektor Kettenbach (Sond.) demängelte, daß die Reinigung in den Volksschulen außerordentlich vernachlässigt werde und die Klassen zu stark überfüllt seien. — Rektor Reichwein (Zentr.) hielt es ebenfalls für angebracht,

die Lage der Schulklassen für die Grundschulen

zweckdienlicher auszuwählen, damit die Kinder nicht gar zu weit Wege hätten, wie dies jetzt zum Teil der Fall sei. — Stadtdirektor Justizrat v. Ed. (Dem.) kritisierte ebenfalls die Überfüllung der Einheitsklassen, die zum Teil mit 65 Schülern belegt seien; man solle deshalb auch in den Mittelschulen Grundschulklassen einrichten. — Bürgermeister Travers führte aus, daß die Verhältnisse auf die große Teile bei der Einführung der Grundschulen zurückzuführen sei; nach den Ferien aber sei eine Änderung in Aussicht genommen. Die Untersuchungen über die Verhältnisse im Museum 2 seien noch nicht abgeschlossen. — Stadtdirektor Bauer (Sond.) wies auf den Widerspruch hin, der darin liege, daß man auf der einen Seite für die Kur- und Bäderverwaltung Millionenzuschüsse leiste, während man aus dem Reichlichen Altersheim „Schulenhof“, wo doch nur Kinderbewirtschaftete unterkunft fänden, 44 024 M. überaus herauswirtschaften wollte, was nach außen hin nicht annehmbar erscheinen könne. Entweder künnten die Ziffern nicht, oder es haperte an der Veranschlagung. — Stadtkämmerer Schulte gibt zu, daß voraussichtlich hier kein Überfluß, sondern ein Fehlbetrag sich ergebe, man habe aber an den einmal gegebenen Unterlagen nichts mehr ändern können. (Eine genaue Aufklärung über diesen Posten konnte in der Sitzung indes noch nicht gegeben werden.) — Stadtdirektor Bauer (Sond.) beantragte, lobend, die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ermahnen, keine Entlassungen von städtischen Arbeitern und Arbeitsfreudigen in einzelnen Betrieben vorzunehmen. — In der anschließenden Debatte hierüber, in deren Verlauf verschiedene Klagen und Beschwerden über einzelne Betriebe vorgebracht wurden, sprachen sich die Zentrums-Stadtverordneten Grabherr, Schneider und Grün sowie Stadtdirektor Kettenbach (Sond.), Schaubert (M. S. B.) und Bölder (Sond.) für den Antrag aus, während Bürgermeister Travers, Stadtkämmerer Schulte, Beigeordneter Spieker und Stadtdirektor Krüke sich dagegen erklärten. — Nach Annahme eines Antrags auf Schluß der Debatte wurde schließlich der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion mit 26 gegen 19 Stimmen abgelehnt, wie schon vorher auch ihre anderen Anträge, betr. Wohnungswesen. — Stadtdirektor Hildner (Dem.) sprach zu der

Einführung einer Straßeneinigungsgebühr.

Er hält es für unmöglich, daß sie der Hausbesitzer neben allen den Lasten, die ihm bereits auferlegt seien, tragen könne, zumal die vom Finanzausschuss vorgeschlagene 40prozentige Erhöhung der Friedensmiete den Hausbesitzern keineswegs allermäßig zugute gekommen sei, während die neue Belastung rückwirkend vom 1. April in Kraft trete. Er beantragte daher, die Abgabe abzulehnen, sofern den Hausbesitzern keine Sicherheit für die Zuerstreckung eines höheren Mietaufschlags geboten werde. — Stadtdirektor Schröder (D. Bpt.) meinte, daß nachdem grundsätzlich die Möglichkeit der

Abwälzung der Last auf die Mieter ausstünde, sei, man der Vorlage schon heute zustimmen könne, wenn dem Finanzausschuss entsprechende Direktiven gegeben würden. — Stadtdirektor Bauer (Sond.) ist nicht einverstanden damit, daß der Magistrat beim Finanzausschuss die Erhöhung des Mietzuschlags beantrage und meinte, das müsse den Hausbesitzern selbst überlassen bleiben. Im übrigen sei es in letzter Linie doch immer die breite Masse, die die Lasten trage. — Stadtdirektor Grabherr (Zentr.) hebt eine Steigerung des Mietzuschlags um 3 Prozent als gerecht und billig an; an der Straßeneinigungsgebühr auf keinen Fall gewahrt werden. — Bürgermeister Travers: In dem Antrag des Finanzausschusses werde nur die Erwartung ausgesprochen, daß der Finanzausschuss den Mietzuschlag erhöhen möge. — Stadtdirektor Deutsch (Dem.) befürwortete die zukünftige Verabschiedung der Vorlage, da unter allen Umständen das Defizit gedeckt werden müsse. — Auch in der weiteren Debatte, an der sich die Stadtverordneten Hildner (Dem.), Hildner (Dem.), Schneider (Zentr.), Dudenhoff (Sond.), Kaltwasser (D. Bpt.), Jörn (Dem.) sowie die Magistratsmitglieder Bürgermeister Travers und Stadtkämmerer Schulte beteiligten, wurde das Für und Wider einer Straßeneinigungsgebühr und die Erhöhung der Gewerbesteuer hart umstritten. Die bereits erwähnten Anträge des Magistrats zur Deckung des Defizits wurden aber genehmigt. — Zum Ausgleich des Etats ist (wie ebenfalls erwähnt) eine Erhöhung der Ertragssteuern aus den Wasser- und Lichtwerken um 2,8 Mill. M. vorgesehen. Sollte eine solche Erhöhung sich als nötig erweisen, so wird den Stadtverordneten später noch eine entsprechende Spezialvorlage zugehen. Zum Schluß gelangte der ganze Etat unverändert zur Annahme.

— **Sonntagsarbeiten.** Die von morgen ab zur Ausgabe kommenden Sonntagsarbeiten tragen als augenfälliges Unterscheidungsmerkmal in ein Drittel Kartenbreite einen blauen Längsstreifen. Zur Nachsicht dürfen Sonntagsarbeiten übrigens nicht benutzt werden. Die einzelnen Verkehrsämter haben über den Umfang und die Abwicklung des durch die Wiedereinführung herbeigeführten stärkeren Verkehrs den Eisenbahndirektionen bis zum 25. Juli Bericht zu erstatten.

— **Eisenbahnunfälle durch Selbstverletzungen.** Die Eisenbahndirektion in Frankfurt a. M. gibt amtlich bekannt, daß in der letzten Zeit durch Selbstverletzungen der Beamten zahlreiche Unfälle zum Teil mit tödlichem Ausgang vorgekommen sind. Die meisten Unfälle trugen sich beim unvorsichtigen Betreten der Geleise zu, wobei es die Verunglückten unterließen, sich vorher nach beiden Seiten umzusehen. In acht von elf Fällen wurden die Beamten auf der Stelle getötet.

— **Zollfreiheit für Eisenbahnbeamte.** Es ist entschieden worden, daß die den deutschen Eisenbahnbediensteten bei Besetzungen vom unbefestigten in das besetzte Gebiet und umgekehrt für ihren Haushalt bewilligte Zollfreiheit sich in gleicher Weise auf alle Gegenstände bezieht, die normalerweise einen Teil des Hausrats bilden und im täglichen Gebrauch sind. Dazu gehören u. a. auch Eisen, Blech, Werkzeuge, Küchengerät. Auf Vorräte irgend welcher Art findet die Zollfreiheit indes keine Anwendung.

— **Gewerkschaftsfest.** Am Sonntag, den 3. Juli, findet nach mehrjähriger Pause nachmittags 3 Uhr in sämtlichen Räumen des Herrn Ritter „Unter den Eichen“ das Gewerkschaftsfest statt, an dem die gesamte Arbeiterkraft von Wiesbaden und Umgebung teilnehmen dürfte. Der Festzug beginnt um 2 1/2 Uhr durch die Schwabacher, Westfälische, Seetor- und Markmühlstraße nach dem Festplatz. Sämtliche Arbeitergefangen, Sport- und Jugendvereine haben ihre Mitwirkung zugesagt und treffen sich diese mit den Gewerkschaften um 2 Uhr auf dem Festplatz.

— **Personen-Nachrichten.** Herr Hauptmann a. D. H. Tag wurde der Charakter als Major verliehen.

Vorlesungen über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* **Stadtkämmerer.** Sonntag, den 3. Juli, Ab. 8: „Die Welterkennung von Nürnberg“. Ab. 9 Uhr, Montag, den 4., bei aufgeh. Ab. vorkommende Vorlesungen. 2. Abend: „Barla“, „Mutterliebe“. Mit dem neuen Spielplan. Ab. 7 Uhr, Dienstag, den 5., bei aufgeh. Ab. vorkommende Vorlesungen. 3. Abend: „Hamlet“. Ab. 8 Uhr, Mittwoch, den 6., Ab. 8 Uhr, Donnerstag, den 7., vorkommende Vorlesungen. 4. Abend: „Der Teufelsberg“. Ab. 8 1/2 Uhr, Freitag, den 8., vorkommende Vorlesungen. 5. Abend: „Ein idealer Gast“. Ab. 7 Uhr, Samstag, den 9., vorkommende Vorlesungen. 6. Abend: „Der Jäger und Zimmermann“. Ab. 8 1/2 Uhr, Sonntag, den 10., letzte Vorlesung vor dem Ferien: „Lohengrin“. Ab. 8 1/2 Uhr.

* **Frankfurter Kunstausstellung Wiesbaden-Nachricht.** Gelegenheit des Sommerfestes heute Samstag, den 2. Juli, um 9 Uhr abends im Paulinenstiftchen in Wiesbaden werden die bekannten Damen- und Herren-Modellschneider von Paris eine ganze Anzahl ihrer Modellschöpfungen durch Pariser Mannequins an diesem Abend und an den folgenden Tagen vorführen. Ein Konzert mit besonders ausgewählten Programmen, ein Ball und ein Souper an kleinen Tischen bilden den weiteren Inhalt des Programms dieses Festes. Eintrittskarten sind bei J. Schottensfeld u. Co., Bern u. Schottensfeld, J. Glücklich, Kettenmeyer und Engel zu haben.

Aus dem Vereinsleben.

* **Wiesbadener Männergesangsverein, G. V.** Wegen ungenügender Mitteilung wird das Sommerfest, welches heute abend stattfinden sollte, bis auf weiteres verschoben. (Siehe Anzeigen.)

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Luglidschule.

wd. Haderheim, 1. Juli. Gestern abend verunglückte ein Wanderritter, der mit seinem Gefolge nach Hause fuhr, tödlich. Der Wagen fuhr in voller Karre einen Abhang hinunter, durch die Schuttschicht geriet die Decke, der Wanderritter stürzte herunter und die Räder gingen ihm über die Brust. Nach dem Heimtransport konnte der Verunglückte erst nach dem Tod festgestellt werden.

Hatz Kleinsch.

Ed. St. Goershausen, 30. Juni. Die früher dem Kaiser gehörende Burg Kleinsch auf Rhein soll in den Besitz der Stadt St. Goar übergehen. Die Stadt soll die Pflicht haben, die Burgwände zu einem modernen Hotel umzubauen.

wd. Haderheim, 1. Juli. Im benachbarten Oberhain erregte sich ein schrecklicher Luglidschall. Als die Tagelöhnerfrau Jachwart auf ihrem Speicher aus ihrer Truhe Hühnerfutter holen wollte, kam sie in der Truhe ihre drei Kinder im Alter von 1, 8 und 3 Jahren vor. Die Kleinen hatten sich beim Spielen in der Truhe verfangen. Hierbei ist der Tod geschehen. Die Kinder erlitten den Erstlingsstich.

Sport.

* **Vollständiger Wettkampf der Deutschen Turnerschaft am 16. und 17. Juli 1921.** Die deutschen Turner aller Gattungen haben sich in einer Veranstaltung auf dem Gebiet der vollständigen (leichtathletischen) Übungen, die die Durchführung in Nürnberg am 16. und 17. Juli hat jetzt schon die Ausschüsse an der Arbeit, die mit gewählten Kräften besteht, die auf dem deutschen Turnerschaftsfest in Nürnberg bereits die Turnspiele abgeleitet haben, Sicherheit dafür bieten, daß nicht nur das Turnen einen ungeheuren, glatten Verlauf nimmt, sondern auch nach dem Turnen die Teilnehmenden einige angenehme freie Stunden mit den hiesigen Turnvereinen verbringen. — Die Vorbereitungen zu den eigentlichen Wettkämpfen begannen schon gleich nach den Pfingsttagen in den einzelnen Kreisen, die nur die aus den Kreiswettkämpfen als „Einkreisläufer“ als „Kreisläufer“, hervorgehoben sei nach Größe des Kreises in einer bestimmten Anzahl für jede Übung zu den Wettkämpfen in Nürnberg zugelassen werden. Es ist jeder Kreis berechtigt, für jeden Wettkampf drei Männer und zwei Frauen, für jeden Wettkampf der Männer aber nur zwei Frauen mit mehr als 100 000 Mitglieder eine Erhöhung um je einen Turner (Turnerin) zuzulassen.

Große Kleider-Versteigerung

Am Montag, den 4. und Dienstag, den 5. Juli, von 9½ bis 3 Uhr durchgehend, versteigere ich im Saale

Marktstraße 26

zufolge Auftrags hiesiger Herrschaften nachverzeichnete sehr gut erhaltene Kleidungsstücke:

Mehrere Jadenkleider, Mantel-, Straßen- und Gesellschaftskleider, Damen- u. Herren-Mäntel, Saffo-, Gehrock-, Frack-, Smoking-, und Cutaway-Anzüge, sowie einzelne Stücke, Damen- u. Herren-Schuhe, Hüte, Anzug-, Kostüm- u. Kleiderstoffe, Handschuhe, mod. Schleier und Schals, 10 Dtd. reinwollene Socken und vieles andere

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Peter Alt

Auktionator u. Taxator

Erstes Spezial-Unternehmen am Plage.

Am Römerstor 7. Tel. 2761.

Auto-Karosserie-Bau

R. Herrmann, Emsor Straße 25.

Bau von kompletten Karosserien nach neuesten Typen, Ausführung aller Reparaturen in eigener Wagerei, Schmiede, Schlosserei und Spenglerei.

Spezialität: Kühler-Reparaturen, Anfertigung sämtlicher Kothfögel, Benzintanks, Blechverkleidungen, Karosserie- u. Auto-Zubehör, Auto-Oel.

Neue Kartoffeln frisch eingetroffen.

1 Waggon 200 Ztr. „Italiener“ per Ztr. 200 Mt.

1 Waggon 200 Ztr. „Holländer“ per Ztr. 180 Mt.

Rixdner

Jerusf 4779.

Rheingauer Str. 2.

Wieder auf dem Markte!

schwarz

und alle Farben.

In bekannter vorzüglicher Friedensqualität. Chem.-techn. Industrie P. Gräber, Wiesbaden Rheingauer Straße 15. Telephon 1262.

Gesetzl. gesch. Erfindung Blitz-Zeiger-Plan!

Größter Gewinn ohne Risiko für Verlag, Buchhandlung, Private, Offiziere etc. Außerdem glänzender Verdienst durch Reklameinserate. Interessenten erhalten Muster und Auskunft durch die Firma Hermann Sonntag & Co., Kunstdruckerei u. Verlagsanstalt, München 8, die ihren Vertreter nach dort entsendet.

Leipziger Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit

(Alte Leipziger)

Gegründet 1839. Versicherungsbestand: 1 Milliarde, 600 Millionen Mark übernimmt

Versicherungen unter günstigsten Bedingungen und gegen billigste Beiträge.

Vertreter: Paul Böhme, Schützenhofstraße 14. Telephon 4303. Arthur Straus, Emsor Straße 6. Telephon 763.

Farbige Strümpfe

die Mode.

Damen-Strümpfe (Flora-Baumwolle)

in

45 grauen, 40 braunen, 20 beige Farben, sowie mehrere Sortimente in covercoat, marine, lila, grün, rot, weinrot, orange usw. in den Preisen von: M 12.80 bis M 38.50

Kinder-Strümpfe

in schwarz, weiß u. den verschiedensten Lederfarben.

Kinder-Söckchen

mit Wollrand und deshalb nicht rutschend, in schwarz, weiß, leder, sowie allen modernen Farbenstellungen.

Verlangen Sie unsere neueste

Frühjahrs-Strumpf-Preisliste

die Sie über die heutigen billigsten Preise orientiert.

STRUMPFHAUS POULET

Kirchgasse, Ecke Marktstraße.

K108

Nach mehrjähriger Assistentenzeit an Universitäts-Instituten und -Kliniken habe ich mich hier, an der Ringkirche 4, Erdg., als

Facharzt

für innere und Kinderkrankheiten niedergelassen. Sprechzeit von 9-11, 3-4 Uhr.

Fernsprecher 1586. Dr. med. Georg Apitz.

Einkoch-Apparate

mit Einfüg, 6 Federn und Thermometer

Komplett

68 Mk.

Einfüßgläser

in all. Größen

Gelbe- und

Einfüßgläser,

Honiggläser mit

Schraubbedel.

Einfüßgläser

in allen Größen.

Bergamott-

Papier



Gummi-Ringe in allen Größen, in bester, roter Qualität

Rietichmann Wiesbaden, Ecke Kirchgasse und Friedrichstraße.

Im Atlantic-Café

In Atlantic-Diele

In Klein-Europa

Im Winter-Garten

findet man den echten

Orangeade u. Citronnade Berard

das beste Erfrischungsgetränk!

Lanty, General-Vertreter, Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 14.

En detail-Verkauf: Roessing, Goldgasse 2.

Restaurant zur Traube

Biebrich, Kaiserstraße 30

am Mosbacher Tor

Während der Gieber Kerbetage, 3. u. 4. Juli

Konzert u. Kerbe-Rummel!

Ausschank von nur prima selbstgekeilt.

Apfelwein, Felsenkeller-Bier sowie

natürr. Weine im Ausschank, wie in Flaschen.

Dortselbst beste Gelegenheit den historischen

Festzug ab 2 Uhr zu sehen.

Beamten- u. Bürgertonsum-Berein Rhein-Main G. G. m. b. H.

Sitz Wiesbaden, Büro: Adelhofstr. 53. — Tel. 6253 u. 6233.

Auch in diesem Jahre erhalten unsere Mitglieder die auf ihren Umsatz entfallende

Rückvergütung.

Mehr wie Mt. 600 000

werden in diesem Jahre an unsere Mitglieder zurückvergütet.

Unsere verehrl. Mitglieder werden dringend gebeten, bis spätestens den 15. Juli alle bis zum 30. Juni erhaltenen Kassensbons nebst grünen Markenarten gegen Quittung in den Verkaufsstellen abzuliefern.

Zwecks Angliederung des Anteils an das Sparfassenkonto bitten wir, auch die roten Mitgliedsarten gegen besondere Quittung in den Verkaufsstellen abzuliefern.

F 340

Der Vorstand.

Hermann Knapp

Früchte- u. Lebensmittel-

Großhandlung

3 Marktplatz 3

Telefon 6458.

Neu angekommen

1 Waggon

Holländer

Frühkartoffeln

1 Waggon

Italiener

Frühkartoffeln

all. gesunde gelbe Ware.

Groß- u. Kleinverkauf.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Gegen Heuschuppen

bist. „Antivarin“ (ant.

gehd.). General-Depot:

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

Wiesbaden, Rheingauer Str. 15.

GOLDSTÜCK

EDELSTÜCK

STÜCK

WEINERBRENNEREIEN
FACT GES. HANAU A. SEIT 1820

Vertreter: Otto Wegel, Agenturen, Wiesbaden.

URSTÜCK

MEISTERSTÜCK

F100

Naturwein-Versteigerung.

Die Städte Mainz und Oppenheim
lassen am Mittwoch, dem 6. Juli 1921, vormittags
11 Uhr, in der Liebertafel zu Mainz, Große Bleiche 56
9/1 u. 11/2 Stüd 1920er Eldeheimer
1/1 Stüd 1920er Eldeheimer Rotwein
14/1 u. 1/2 Stüd 1920er Hargheimer
6/1 u. 11/2 Stüd 1920er Oppenheimer
1/4 Stüd 1920er Oppenheimer

Naturwein, nur eigenes Wachstum
darunter Spätlese und Riesling aus den Ge-
mündungen Eldeheim, Hargheim, Ebersheim und
Oppenheim versteigern.

Probefest für die Herren Kommissionäre am
22. Juni 1921, im Stadthaus, Saal 19. 1. Stod, von
vormittags 9 Uhr bis 1 Uhr und nachmittags von
3 bis 5 Uhr.

Allgemeine Probe in der Liebertafel in Mainz,
Große Bleiche 56, am 29. Juni 1921, von vormit-
tags 9 Uhr bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis
5 Uhr, sowie am 6. Juli 1921, vor und während der
Versteigerung von morgens 9 Uhr ab.

Zur allgemeinen Probe und zur Versteigerung
wird ausserdem der Mainzer Kinderhilfe ein Ein-
trittsgeld von Mk. 10.— erhoben. F12
Mainz, den 16. Juni 1921. Der Oberbürgermeister.

Rettet unsere Kinder!

Unterernährung, Tuberkulose, Rachitis wüten in den Reihen unserer Kinder.

Hört den Notschrei
und spendet Geldmittel für den

F205

Wiesbadener Verein für Gomerpflege armer Kinder G.B.

Der Vorstand.

Einzahlung: Nassauische Landesbank, Konto 1522.

Geschäftsstelle des Vereins Querstraße 4, B. (vormittags).

Gummiringe

rot, beste Qualität, für die gangbarsten Systeme von

30 Pfg. an.

Einkochkrüge

System „Gerz“, bestens bewährt.

Alle Einmach-Artikel besonders billig.

Einkoch-Apparat

mit Einsatz, 6 Federn, Thermometer und Kochbuch

Mk. 68.50.

Einkochgläser

aus bestem weißem Glas mit Deckel und Gummiring

1/2	3/4	1	1 Liter
3.25	3.50	4.00	4.50 Mk.

Württemberg G.m.b.H.

Wiesbaden

Neugasse 11

Prompter Versand nach auswärts

auch an Wiederverkäufer.

613

Nervenschwäche!

Trilecit-Tabletten gebraucht
man mit bestem Erfolg
gegen Nervenschwäche, Ermüdung und
Angstgefühl. Preis 15.— Mk. Alleinverkauf:
Schützenhof-Apotheke, Langgasse 11.

Prinzen-
Essige - Weinessige
(D. R. W. 55604)
Echtes Naturprodukt, aus Brantwein gewonnen.
Im Laden ausdrücklich zu verlangen!
Alleiniger Fabrikant:
Martin Prinz, Schierstein

Fahrrad-

Reparaturen werden
prompt u. billig aus-
geführt. — Sämtliche
Ersatzteile auf Lager.

Maurer- u. Betonarbeit.
werden bei billiger Be-
rechnung unter Garantie
ausgeführt. Off. u. N. 673
an den Tagbl.-Verlag.

Fahrradhaus Lüfte, Weisstr. 39. Telefon 1834.

Wollen Sie Geld sparen, müssen Sie
bei Fachleuten arbeiten lassen:

Herrensohlen M. 30
Damensohlen M. 25

Reparatur, sowie sämtliche Reparaturen.
Berarbeite nur la Kernleder. Bedienung
rasch und billig. Ein Versuch überzeugt.
Schuhmacherei Benthien, Wörthstr. 28.

Taunusgarage G.m.

Adolfstr. 12

Telephon 2640 und 88

General-Vertretung der Stoewer-Automobile

Luxus-Kraftwagen für Stadt- u. Fernfahrten
Neue u. gebrauchte Personenwagen am Lager
Garage zum Einstellen von Kraftwagen
Tag und Nacht geöffnet

Reparaturwerkstätte für alle Marken unter
eigener, fachmännischer Leitung

Größeres Lager

von Ersatzteilen und Betriebsstoffen.

Herren-Sohlen 30 M.

Damen-Sohlen 24 „

Anfertigung nach Maß, Vorarbeiten,
Abändern aus bestem Kernleder. ::
Schuh-Reparatur, Mauerstraße 12. :: Tel. 3033.

Autogene Aluminium- Schweißungen

an Automobil- und Maschinenteilen, Koch-
geschirren u. dergl. führt schnellstens aus
Wilh. Lehna, Schlosserei,
Blücherstraße 15. Tel. 1514.



Schützenhofstraße 13
empfehlte sich im Aus- und Einladen von Waggons,
Stadt- und Fernfahrten bei billiger Berechnung.
Kremser-Auto zu Ausflügen.

Drehstrommotore

Liefert sehr preiswert ab Lager. 614
Rheinische Elektrizitäts-Gesellschaft
Tel.-Nr. 441. Wiesbaden Helenenstr. 76.



MITTELDEUTSCHE SEIFENFABRIKEN
ACTIENGESellschaft LEIPZIG-WARREN
Vertretung: Theodor Klisch, Wiesbaden, Neugasse 18.

Bartie feldgraue Hosen
" Joppen
und Sportanzüge
zur billigen Quelle
Helmundstraße 24.



Fahrräder, Nähmaschinen u. aller Zubehör. Mayer,
Wellritzstr. 27 Hof, (K.Lad.)

Schweizer Stickerei-Manufaktur W. Kussmaul

Hauptgeschäft: Rheinsstraße 30.

Filiale: Langgasse 14.

Vom 4. bis 9. Juli:

Saison-Ausverkauf

Reste-Verkauf im Hauptgeschäft.

Sämtliche Preise mit 10% Rabatt.

Pinguin-Cigaretten.

Strandbad

mit Luft- und Sonnenbad

Biebrich a. Rh.

(Rettbergsau)

mit direkter Dampferverbindung ab Rheinfes (Dampfer-
landesplatz-Hotel Nassau-Krone).

Prachtvoller Strand Wunderbare Aussicht

Gute Restauration.

Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Preis für Erwachsene Mk. 3.—

Preis für Kinder unter 14 Jahren Mk. 2.—

einschließlich Hin- und Rückfahrt, sowie Garderoben-
aufbewahrung. F 222

Mobiliar- Versteigerung.

Morgen Montag, den 4. Juli,

vormittags 9 Uhr beginnend.

versteigere ich zufolge Auftrags in meinem Ver-
steigerungslokale

22 Neugasse 22

nachstehende sehr gut erhaltene Gegenstände:

- 1 eichene Herrenzimmer-Einrichtung, bestehend aus Tisch, Bucherschrank, Diplomaten-Schreibtisch mit Stuhl, 1 Tisch, 2 Lederstühle;
- 1 Smaragd-Tisch (4 1/2 x 6), Prachtschiff;
- 1 Bismarck-Tisch, Sofa und 6 Stühle;
- 3 antike Ölgemälde, 1 alt-französisches Chierice, 64 Teile;
- 1 Diplomaten-Schreibtisch, 1 Mahagoni-Sofa, Umbau Kleiderkasten, diverse u. ovale Tisch-
Robuststühle, Stuhl, 1 Diwan, 1 eichene Tisch-
Schreibtisch, vollständige Betten, Bilder, Spiegel,
12 fast neue Feldstühle, Vogelkäfig mit Ständer,
Garderobeständer, Span. Wand, 1 Kinderport-
wagen, 1 Handkofferwagen, 1 Dezimalwaage, eine
Rechnung, 3 Serviettenstempel, 1 große Wasch-
bütte, Messerputzmaschine u. Brotbackmaschine,
1 Eiskocher, 1 Eismaschine, 1 Zinkbadewanne,
1 Einbadewanne, 1 Obstschale, 1 Kuchenschale,
12 große Einmachgläser, verschied. Korbfächer,
1 goldene Damenuhr (3 Dedel, 14 Karat) und
Brillanten, 1 Brillantring, 1 Standuhr, verschied.
Herrenuhren, Herrenarmbänder, Herren-Leibwäse,
Damenleiber, Saube, Kinderstiefelchen, Auktions-
Koffer, 1 Kuchenschale, Porzellan, elektr.
Kücher, Badgarnituren, Haarbürsten, Schrubber,
Tennisschläger und vieles andere mehr.

Hochlich freiwillig meistbietend gegen Barzahlung.
Besichtigung vor der Auktion.

Friedrich Krämer

Tel. 3878. Auktionator u. Taxator. Tel. 3878.

Geschäftszeit von 9—12 Uhr und 3—6 Uhr.
NR. Aufträge von Versteigerungen u. Taxationen
werden jederzeit im Geschäftslokal, sowie auf Tele-
phonruf entgegen genommen. D. D.

Geschlechtsleiden

aller Art, auch chron., Behandl. d. seit viel. Jahren
sich gut bewährt. Timm's Kräuterkur, o.
Spritzen, o. Quecks., und o. Salb. o. Beruflator.
Viele Dankschr. Ausfuhr. Broschüre gegen
Mk. 1.50 versendet disk. Dr. S. S. Rauwieser,
Hannover, Odeonstr. 3.

Königlich holländischer Lloyd Amsterdam

Transatlantischer Dampferdienst
via Spanien und Portugal
für Passagiere, Fracht und Post nach

SUD-AMERIKA

Rio de Janeiro, Santos, Montevideo, Buenos Aires

CUBA / MEXICO

Havana, Vera Cruz

NORD-AMERIKA

New Orleans

mit modernen Drei- u. Doppelschrauben-Schnelldam-
pern regelmäßig in kurzen Abständen ab Amsterdam
Moderne schnelle Frachtdampfer nach obengenan-
nten Häfen sowie nach Pernambuco und Bahia
Spezieller 14tätig. Frachtdienst nach New YorkAlle Auskünfte über Passage und Fracht durch
Reisebureau Born & Schottensels,
Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Platz 3
u. die in den meist. Großstädte befindl. Vertretungen.

F 101

Nähmaschinen, Fahrräder, Dezimal- u. Tafelwagen

repariert prompt und billig

Rudolph & Roth, Hellmuthstraße 29. Telefon 4585.

Kalasiris

Patente aller Kulturstaaten.
Unübertreffliche, allen hygienischen An-
forderungen entsprechende Leibbinde.Undehnbare, behält immer ihren
festen Sitz.

Für

junge Frauen

unentbehrlich.

Macht bei diesen auffallend vor-
teilhafte Figur, beseitigt die
Unterleibsbeschwerden, ver-
hindert übermäß. Ausdehnung,
Hängebauch u. Wehenschwäche
bewirkt tadellose Geburt.

Zahlreiche

Anerkennungen.

Jedes echte Stück trägt den
Stempel Kalasiris.

Mäßige Preise.

Illustr. Broschüre u. Auskunft kostenlos durch das
Kalasiris-Spezialgeschäft

Wiesbaden, Wilhelmstr. 4. Telefon 4266.

Gasgefüllte Lampen

Flack, jetzt: Luisenstr. 25, gegenüber
dem Realgymnasium. Telefon 747

Dass wir Persil jetzt wieder kriegen
Macht uns den Waschtage zum Vergnügen

Jetzt ist das Waschen wieder eine Lust; im Nu ist die Wäsche
fertig, blendendweiß, wie auf dem Rasen gebleicht. Dabei große
Ersparnis an Arbeit, Zeit, Seife und Kohlen.

PERSIL

ist das beste selbsttätige Waschmittel! Überall erhältlich nur in
Original-Packung, niemals lose.

Alleinige Hersteller: HENKEL & CO., DÜSSELDORF.

Vertreter: Th. Schultz, Kirchgasse 48.

Mobiliar- Versteigerung.

Wegen Beizugs versteigere ich zufolge Auftrags am
Dienstag, den 5. Juli cr.,vormittags 9 1/2 Uhr beginnend bis 3 Uhr
ohne Pause in der Villa

No. 6 Bachmayerstraße No. 6

folgende gebrauchte gute Mobiliargegenstände, als:

1 Eichen-Einzelzimmer-Einrichtung,

bestehend aus Buffet, Kredenz, Ausziehtisch, Ser-
viertisch und 10 Stühlen;

1 Kuchenschrank-Einrichtung,

bestehend aus 1 Tisch mit Kuchenschrank, Waschk-
kommode mit Marmor- und Spiegelauflage, Nach-
tisch mit Marmor, 2 Kleiderständer u. ov. Tisch;

1 eich. Kleiderständer mit Trepp.

sehr schönes Mahagoni-Zylinderbüro, sehr

schöner gr. Tisch, Eichen-Bücherständer,

Eichen-Schrank für Stühle, 1. Schreibstisch, Mah.

Schrank, gr. 4. Kleiderständer, Kleiderständer,

Mah.-Konsolständer mit Spiegel, Mah.-Tisch,

Mah.-Bücherständer, Mah.-u. Toiletten-Tische,

sehr guter Diwan mit Kissen, 1. Sofa,

Polsterstuhl und -Stühle, Wiener Schattenschel,

Schreibtisch, 1. Stuhl, Eichen-Bücherständer,

Ansohn, Servier-, Tee-, Sofa-, Tisch-,

Stuhl-, u. andere Tische, Büstenständer, Eichen-

Stuhl-, u. andere Tische, Ständer, dierleier

schöner japan. Paravent, araber Spiegel,

Delgemälde, darunter 1 alt. holländ. Porträt,

Stiche und andere Bilder, Kandelaber,

Marmor-Uhren mit Bronze, aufst. einzel.

Pendule mit Thermometer,

2 Empire-Bronze-Kandelaber,

Marmor-Uhren, Tisch-, Aufst. u. Dekorations-

gegenstände, 1. Eichen-Bücherständer, Sam-

lung, Samowar, Tisch mit Teemaschine, Eichen

mit Kupfer,

Eichen- u. Tee-Service, diverses Porzellan

u. sonst. Gebrauchsgegenstände, schöne Kr. Kaffee-

Gläser und sonstige Glaswaren, Bücher, Sam-

lung, 1. Eichen-Bücherständer, 9 Bände, Spieluhr, Salon-

Ständerlampe, Gastständer, Kettenschleier,

sehr guter Bräunler Teppich, ca. 6 x 5 Mtr.,

ein. Teppiche, Kissen, Matten, Portieren, Gar-

dinen, Federbetten, Steppdecken, Kissen, Kissen-

decken, Kissenplaid, Handarbeiten, Tisch- u. Kaffee-

decken, sehr gutes Weizen, als: Tafel u. Tisch-

tische, Servietten, Kissenbezüge, Handtücher,

Herrenwäsche u. -Bügel, Einbadewanne, große

Wäschekammer mit 3 Koffern, Wäschekammer mit

Schrank, 1. Kleiderständer, Kleiderständer, Step-

per, 1. Kleiderständer, Kleiderständer, Einmach-

gläser, Garmenten u. vieles andere mehr

freiwillig meistbietend gegen Barzahlung.

Besichtigung am Montag von 10—12 Uhr.

Wilhelm Helfrich,

Auktionator und beidseitig Taxator.

Tel. 2941. 23 Schmalbacher Straße 23. Tel. 2941.

Jedem, der das Unglück hatte,

geschlechtskrank

zu werden, ist vor allem an einer schnellen und
diskreten Heilung sehr gelegen. Verlangen Sie
sich sofort ohne jede Verpflichtung gegen Einsendung
von Mk. 2.— für Porto und Spesen aufklärende
Broschüre über Heilung von **Harnröhrenleiden**
beiderlei Geschlechter in frischen und ganz ver-
alteten Fällen, von **Syphilis** ohne Berufsstörung,
ohne Einspritzung, ohne Salvarsan und Queck-
silber, von **Mannesschwäche** (Erfolge bei allen
Alterstufen, von **Weißfluß**, Zusendung in ver-
schlossenem Doppelbrief ohne jeden Aufdruck,
falls gewünscht, senden wir Broschüre unter Ein-
schreiben. Leiden genau angeben, damit richtige
Broschüre gesandt wird. Dr. med. H. Seemann
G. m. b. H., Sommerfeld 412 (Bez. Frankfurt-
Oder). Unter spezialärztlicher Leitung. Achten Sie
genau auf Adresse, da in letzter Zeit ähnl. Institute
auftauchen. Schreiben Sie sofort, wir geben Ihnen
auch seit langen Jahren bewährte Präparate an,
die durch unsere Versand-Apotheke oder jede
andere Apotheke zu erhalten sind. F 195

Teilhaber gesucht

zur Verwertung u. Ausbeutung einer ausstehenden
Erfindung auf photographischem Gebiet.
Gefl. Offert. unter 3. 639 an den Tagbl.-Verlag.

Berthold Jacoby

Hamburg—Paris—London

Zweigniederlassung WIESBADEN

Büro: Dotzheimer Straße 57 (Am Bismarckring).

Telephone: 550—4010—1253.

Leitung in Wiesbaden: Robert Ulrich.

Umzüge

von und nach allen Teilen der Welt.